

Neuer Vorwärts

Nr. 198 SONNTAG, 28. März 1937

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Unfröhliche Ostern
Die Politik des Vatikans
Die Achillesferse der Diktaturen
Neue Kriegswaffen

Diktaturen in der Klemme

Neues Hasardspiel mit dem Weltfrieden

Der glänzende Sieg der spanischen Regierung über die italienischen Truppen an der Front von Guadalajara hat die diplomatischen Fiktionen zerrissen, mit denen die Politik der Nichtinterventions- und der Kontrolle umgeben worden ist. Der italienische Faschismus ist durch die Niederlage in ein tobeltichtiges Stadium versetzt worden, in dem er seine Drohungen gegen den Frieden nicht mehr verschleiert. Ein neues Hasardspiel mit dem Weltfrieden beginnt.

Der andere Teilhaber an der Intervention in Spanien erfreut sich in diesem Augenblick der Tatsache, daß das Toben des italienischen Faschismus die Aufmerksamkeit von ihm abzieht. Dennoch ist das Treiben des deutschen Systems in Spanien nicht minder gefährlich und nicht minder verbrecherisch. An der Jarama-Front sind maskierte deutsche Truppen eingesetzt, die Bombenangriffe aus der Luft werden in der Hauptsache durch deutsche Flugzeuge ausgeführt, deutsche Schiffe begünstigen die Operationen der Rebellen. Die Niederlage Mussolinis in Spanien ist Hitlers Niederlage. Der Nimbus der überwältigenden Kraft und der Unbesiegbarkeit, mit dem der neue deutsche Militarismus sich umgibt, ist in Spanien zerrissen worden. Das Versagen der deutschen Tanks, der Flugzeuge und der Infanterie hat bedeutende Schwächen der deutschen Aufrüstung enthüllt.

Auf diesem Nimbus beruhte die Politik des Bluffs und des Terrors, die Deutschland und Italien seit dem abessinischen Feldzug betrieben haben. Dieses Bluffen ist nach außen wie nach innen hin wirksam gewesen, und die Wirkung nach innen hin war den Diktatoren wertvoller noch als die nach außen. Denn diese Wirkung nach innen ist von systemerhaltender Kraft; hört sie auf, so wird die innere Lage der Diktaturen schwierig und unsicher.

Die Furcht Mussolinis vor der moralischen Wirkung der Niederlage ist ganz offensichtlich — daher die neuen Tobtsuchtsanfänge. Aber auch das deutsche System blickt mit Sorgen auf die Entwicklung seiner Intervention in Spanien. Alle Berichte aus Deutschland zeigen, mit welcher Aufmerksamkeit und Erregung weiteste Volkskreise den spanischen Krieg verfolgen. Der Unterschied zwischen dem, was die Systempresse mitteilt, und dem, was das Volk trotzdem erfährt, ist so groß, daß die Stimmung um sich greift: wir werden über das, was das System wirklich tut, belogen und betrogen. Ein allgemeiner Stimmungsverfall zuungunsten des Systems ist seit einiger Zeit in Deutschland unverkennbar. Eines der sichersten Symptome für die Sorgen des Systems ist es, daß die Wahlen für die Betriebsvertrauensleute abermals nicht stattfinden. Man fürchtet, daß bei solchen Wahlen eine so starke Opposition sichtbar werden könnte, daß sie anfeuernd auf den Geist der allgemeinen Opposition gegen das System wirken würde.

Was weite Volkskreise instinktiv fühlen, erkennt die bewußte Opposition klar — und hier üben die spanischen Ereignisse die stärkste und positivste Wirkung aus. Sie zeigen, daß die wahre Gewalt ohne Geist, die bloße technische und organisatorische Ansammlung von militärischer Kraft ihre Grenzen hat. Die Anziehungs- und Verführungskraft des bloßen Machtdolids schwindet dahin, Idee und Geist werden als positive Kräfte wieder sichtbar. Es ist der Kampf ums Recht, den

die spanische Regierung führt, der festigend und anfeuernd auf die Opposition in Deutschland wirkt.

Es ist unsere Sache, die in Spanien gegen die Interventionsmächte geführt wird. Zwischen dem Sieg des Rechts und der Freiheit in Spanien und dem Kampf gegen die Diktatur in Deutschland besteht der engste Zusammenhang. Wenn

die Diktaturen die moralische Kraft des Rechts fürchten, wenn sie von der Niederlage des Rechtsbruchs ein Erwachen des Freiheitsstrebens und des Willens zum Recht in ihren eigenen Ländern besorgen, dann müssen die demokratischen Länder sich hüten, das Recht und die internationale Moral durch diplomatische Fiktionen zu schwächen.

Die Grenzen der Politik des Bluffs und des Terrors sind sichtbar geworden — im Innern der Diktaturländer und nach außen. Dieser Prozeß darf nicht gestört oder wieder unterbrochen werden durch neue Kapitulationen vor den Tobtsuchtsanfängen von Diktatoren, die in die Klemme geraten sind!

Ablenkung in Schlesien

Antipolnische Propaganda

Aus Schlesien wird uns geschrieben:

Die Aktion der Arbeitsfront zur Beruhigung der Arbeiterschaft hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. Nicht weniger als 12 Redner aus dem Reich, dazu eine Reihe Vertrauensräte und Kreisleiter der Arbeitsfront wurden im Verlauf von zwei Wochen eingesetzt, um die Massenstimmung zu heben, aber die Versammlungen konnten nur mit Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden, die Stimmung bei der Arbeiterschaft war durchwegs ablehnend, und auf Redenhütte-Hindenburg wurde der Zwischenruf laut: »Gebt uns Butter und Brot und nicht bloß leere Versprechungen.« Die Arbeitsfront gibt in vertrauten Besprechungen selbst zu, daß die Aktionsgruppen ein Fehlschlag waren.

Man hat jetzt auch ein anderes Mittel der Ablenkung versucht: Sogenannte »Grenzlandarbeit zum Schutze des Volkstums«. Man unternimmt große Aktionen zur Sicherung des Volkstums, wobei die Führung dem »Bunde deutscher Ostens« übertragen ist, der sich die Wiedergewinnung der an Polen verlorenen Gebiete zum Ziel gesetzt hat. Eine Reihe von Schriften, die sich offen gegen Polen richten, die die oberschlesische Grenze als »blutende deutsche Grenze« bezeichnen, werden durch die Schulen, die Hitlerjugend und andere Organisationen verbreitet, Oberschlesien wird ein geraubtes Gebiet genannt. Der Haß gegen Polen wird systematisch erzogen, wobei man die polnische Sprache, sowie den polnischen Gottesdienst als »staatsfeindlich« bezeichnet und auch sonst mancherlei treibt, was mit dem deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag schlecht zu vereinbaren ist. Die traurige Notlage der deutschen Grenzgebiete wird — obwohl man doch selbst einen Teil der Industrie nach dem Innern Deutschlands verlegt hat — als eine Folge des Versailler Diktats hingestellt und versichert erst, wenn Deutschland seine früheren Gebietsteile wieder habe, könne die Not behoben werden. Verdienst des Nationalsozialismus sei es, daß die Not nicht noch größer sei und die Polen keine weiteren deutschen Gebiete mehr fordern. (!)

Gerade dieser Vorträge sind es aber, die bei den Arbeitern die Auffassung wecken: »Die Nazis haben doch Angst vor uns, wir sind doch ein Faktor, mit dem man rechnen.« Dazu haben die Besuche Leya, die Beschwerden der Industriekreise in Berlin und nicht zuletzt die Aktionsgruppen nicht wenig beigetragen.

Nazi-Bildersturm in Deutsch-Oberschlesien

Eine Aktion zur Erhaltung des Volkstums?

Aus Hindenburg wird uns geschrieben: Am 15. März haben die SA- und SS-Abteilungen aus Hindenburg und Umgebung eine große Kundgebung nach dem Casino der Donnersmarckhütte einberufen, die Tage vorher organisiert war und an der alle maßgebenden Naziführer vertreten waren. Wie

es in den Ausführungen der Redner des Tages, besonders der Kreisleiter Ring und Jonas, heißt, soll diese Kundgebung in erster Linie gegen die katholischen Einflüsse gerichtet sein, die sich immer noch auf Schritt und Tritt in Oberschlesien geltend machen und die Aufbauarbeit des Nationalsozialismus untergraben. Aber es ist notwendig, auch die »Rettung des deutschen Volkstums« zu sichern, welches durch die Kirche gefährdet ist, da noch immer der katholisch-polnische Gottesdienst von vielen Meckerern benutzt wird, um sich vom neuen Deutschland zu distanzieren. In der Kundgebung wurden Beschlüsse angenommen, die dahin gehen, daß aus allen Amtsräumen und insbesondere Schulen die Heiligenbilder und Kruzifixe entfernt werden, die den Eindruck erwecken, als wenn die Schwarzen immer noch am Ruder wären. Diese Verbleibsel der »14 Jahre der Schmach« müssen schon in den nächsten Tagen verschwinden.

Die Casinokundgebung in Hindenburg soll wohl den Schlußstein einer Aktion bilden, die schon seit Wochen durch Auflegung von Listen und Unterschriftsammlungen durchgeführt wurde, die als Kopf die Aufschrift tragen: »Ich bin Deutsche!« Bei den Unterschriftsammlungen wurde erklärt, daß diese zur Beseitigung des polnischen Gottesdienstes dienen sollen, der nach der Genfer Konvention noch immer aufrecht erhalten werden muß, aber mit ihrer Beseitigung am 15. Juli gleichzeitig aufgehoben werden soll. Die Unterschriftsammlungen haben nicht den Erfolg gezeigt, den die Naziorganisationen erwarteten. Viele Unterschriftwerber mußten sich sagen lassen, daß man sich für den Kirchenkampf nicht interessiert und nicht in die Kirche gehe, aber gerade dann wurde ihnen gesagt, daß sie doch Deutsche sind und es gilt, den Polen zu beweisen, daß sie keinerlei Ansprüche als Minderheit besitzen, da hier in Oberschlesien alles deutsch ist und sein Volkstum mit dem Führer schützen will. Es ist für diese Aktion bezeichnend, daß die Unterschriftenwerber wiederholt zu den Familien kamen und es sogar im Hindenburg-Gebiet nicht an Drohungen fehlen ließen, um das Bekenntnis »Ich bin Deutsche« die Unterschrift zu erpressen.

Deutsch-Oberschlesien war bisher infolge des Schutzes durch die Genfer Konvention im Kirchenkampf geschützt. Jetzt, da die Genfer Konvention am 15. Juli abläuft, scheint man mit dem Kirchenkampf ein Ablenkungsmanöver zu vollziehen. Vorher hat man in den Landgemeinden des Industriegebiets eine Reihe junger Lehrer gezwungen, Posten im Kirchendienst und kirchlichen Organisationen aufzugeben, da diese mit dem Nationalsozialismus unvereinbar seien. Dem sind auch die jungen Lehrer gefolgt, die man auch zu zahlreichen Kirchenausritten bewogen hat. In den Hindenburg-Schulen sind jedenfalls die Heiligenbilder und Kruzifixe bereits vor Wochen entfernt

und durch Landschaften oder Geschichtsbilder ersetzt worden. Man will die katholische Bevölkerung gewissermaßen unter Druck setzen und wendet in der Agitation gegen die Kirche zugleich das Schlagwort an, daß, wer katholisch ist, zugleich auch der polnischen Stimmung verfallen ist. Man müsse sich eben offen zum deutschen Volkstum und dadurch gegen die katholische Kirche und vor allem gegen den polnischen Gottesdienst bekennen.

Es ist nicht zu leugnen, daß in gewissen Teilen der Arbeiterschaft, die das Manöver der Ablenkung nicht durchschauen, die antikirchliche und antipolnische Propaganda auf ein gewisses Entgegenkommen stößt, zumal gesagt wird, daß die Republik sich zu einem solchen Schritt gegen die »Schwarzen« nicht aufgerafft hat. Aber innerhalb der klassenbewußten Arbeiter weist man mit Nachdruck hin, daß sich die Arbeiter von diesen Nazi-Phrasen nicht einfangen lassen sollen. Denn jetzt ist man gegen die Kirche, um zu verhindern, daß auch die katholischen Arbeiter zur illegalen Aktion einbezogen werden, man will die Arbeiterschaft in ihrer Abwehr schwächen und darum die Aktion gegen die Kirche und die angebliche Rettung des deutschen Volkstums.

Kein Pardon für „nationalsozialistisches Gedankengut“!

Ein offener Brief an den Hitler-Minister Kerri.

War Jesus Christus ein Jude? Der Mann, der das Dritte Reich so um die Jahrhundertwende theoretisch entdeckt hat, der borusifizierte Houston St. Chamberlain hat in seinen »Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts« die Frage strikt verneint.

Im Dritten Reich von heute gilt jedes Produkt der arbeitslosen Phantasie des britischen Schriftsteller-Renegaten als bares Weistum. Der zur Zeit zuständige Reichskirchenminister Kerri hatte kürzlich vor seinen Kirchenausschüssen in ultimativer Form geredet, sich dabei einige verwegene Ausflüge in die Theologie und Dogmengeschichte geleistet und allen Widerspenstigen und Nicht-Einverstandenen mit Gestapo und Kazzett gedroht. Herr Kerri, geeicht auf »nationalsozialistisches Gedankengut«, hatte vor allem auch die Chamberlainsche arische Abstammungstheorie hinsichtlich des Stifters der christlichen Religion schwungvoll vertreten und jeden einen »Staatsfeind« genannt, der in dieser Beziehung der Bibel mehr glauben wolle, als Adolph Hitlers »Mein Kampf«. Darauf hat nun der freilich entschieden orthodoxe frühere Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dibelius, in einer Form jetzt geantwortet, die mindestens recht ungewöhnlich für die Verhältnisse des Dritten Reiches ist. Er hat dem Kerri einen sehr polemisch gehaltenen »offenen Brief« geschrieben und ihn

Die Politik des Vatikans

Mit Hitler — gegen Hitler. — Eine Politik mit doppeltem Boden

— da ihm ja keine Zeitungsredaktion so ein gefährliches Papier abnahm — gleich durch die »Bekennnispfarrere« nach der Sonntagspredigt vorlesen lassen. Darin steht auf jeden Fall trutzig und sehr unbekümmert um jedes »nationalsozialistische Gedankengut«: Jawohl, Jesus von Nazareth ist nach seiner menschlichen Natur aus dem Geschlechte Davids, also ein Jude! Wenn aber der Herr Reichsminister den Pfarrer verwehren wollte, das zu sagen, obsonen es im Neuen Testament stehe, dann werde er erleben, daß ein evangelischer Geistlicher, komme es hart auf hart, eben »Gott mehr gehorchen muß, als den Menschen«...

Auf die psychologische Situation, in deren Zeichen sich künftig die von Hitler angesetzten Kirchenwahlen bewegen sollen, wirft dieser Vorgang sicherlich einiges Licht. Zur Sache selbst wäre freilich zu sagen, daß sehr viele Deutsche sicherlich der Meinung sein dürften, daß eine wirklich christliche streitbare Theologie das Gebot Gottes, das da vor dem Gebot der Menschen zu gelten hat, bedeutend wirkungsvoller etwa angesichts der Morde in den Konzentrationslagern ins Feld gegen die Mode-Regenten Deutschlands vorstoßen lassen sollte, als angesichts einer rassenschwärmerischen Schurke, selbst wenn sie heute das Dritte Reich als sein Staatsgrundgesetz ausgibt.

Carl Mierendorff

40 Jahre alt

4 Jahre im Konzentrationslager

Am 24. März ist Carl Mierendorff 40 Jahre alt geworden. Am 17. Juni 1933 wurde er verhaftet. Er ist niemals vor Gericht gebracht, sondern aus einem Konzentrationslager ins andere geschleppt worden — nur um seiner Gesinnung willen. Er teilt das Los anderer führender Parlamentarier der Sozialdemokratischen Partei, wie Ernst Heilmann, Kurt Schumacher, Julius Leber und Jasper, die — alte Frontkämpfer und Kriegsverletzte wie er — seit vier Jahren in der Hölle der Konzentrationslager schmachten.

Tausende aufrechter Sozialdemokraten befinden sich mit ihnen in Konzentrationslagern und Zuchthäusern. Wir gedenken ihrer aller am Geburtstag unseres Freundes in der festen Zuversicht, daß sie dereinst gemeinsam mit uns an dem Aufbau des freien Deutschlands wirken werden, wenn die Stunde der Befreiung geschlagen hat.

Die Steuergangster von Düsseldorf

In Düsseldorf ist eine Bande von Steuerbeamten festgenommen worden, die die Steuerzahler für eigene Rechnung ausgeplündert hat. An der Spitze dieser Bande stand der Herr Steuereinsamler Esch selbst, und die erbeutete Summe wird vorläufig auf eine Million Mark geschätzt. Neun Personen sind verhaftet.

Das Auffällige an dieser Affäre ist nicht, daß sie passiert, sondern daß sie herausgekommen ist. Es gehört zum Wesen jeder Despotie, daß sich ihre Statthalter auf Kosten der Bevölkerung in mehr oder weniger anrüchlichen Weisen bereichern. Wo kein Recht mehr ist, ist der Untertan der Willkür der Beamten schutzlos preisgegeben. Die Ueberfülle an Macht auf der einen Seite, die völlige Ohnmacht auf der anderen reizt zum Mißbrauch. So erzeugt das System selbst seine Korruptionisten, es sorgt aber im allgemeinen auch dafür, daß nicht durch Bekanntwerden der Korruption die »Staatsautorität« erschüttert wird. Der Fall Düsseldorf hat im Gegensatz zu ungezählten anderen nicht ganz versucht werden können. Es ist ein Betriebsunfall des Systems.

In einem demokratischen Staat würde ein solcher Fall bis in alle Einzelheiten aufgedeckt, die Eiterbeule bis aufs letzte ausgebrannt werden. Von dem Düsseldorfer Skandal erfährt man nur so viel, daß die verbrecherischen Steuerbeamten selbstverständlich Pgs. sind und daß sie zum Zwecke ihrer persönlichen Bereicherung nach bewährten Gestapomethoden gearbeitet haben. Zuerst wurden den unglücklichen Opfern, wie der Bericht sagt, »in geradezu mittelalterlicher Weise« Geständnisse ihrer angeblichen Steuervergehen erpreßt, und dann wurden diese Geständnisse benutzt, um Geld von ihnen zu erpressen. Wie viele von den Opfern Juden waren, wie viele schon in den Konzentrationslagern gelandet sind, wie die schmutzige Affäre ans Licht gekommen ist, das und vieles andere wird man wahrscheinlich nicht erfahren. Das Interesse des Systems fordert, daß der Sumpf so rasch wie möglich wieder zugedeckt wird.

Das Steuergangstertum von Düsseldorf ist ja nur eine Spezies des allgemeinen Gangstertums, das den braunen Staatsbau in allen seinen Rängen bevölkert.

Der Vatikan hat die deutschen Katholiken aufgefordert, auf einen offenen Kampf mit dem nationalsozialistischen System gefaßt zu sein. Eine Enzyklika, das heißt ein päpstliches Rundschreiben an die Bischöfe, wendet sich scharf gegen die nationalsozialistische Ideologie, die die Begriffe von Rasse und Volk zu heidnischen Idolen macht. Sie protestiert gegen die Verletzungen des Konkordats, namentlich in der Schulfrage, und beteuert feierlich, daß die Kirche ihr Recht und ihre Freiheit im Namen des Allmächtigen verteidigen werde. Diese Enzyklika ist von den Kanzeln verlesen worden. Die nationalsozialistische Presse hat mit großer Schärfe darauf geantwortet. Der »Völkische Beobachter« wendet die These »Recht ist, was dem System nützt« auf das Konkordat an und sieht mit zynischer Dialektik diesen Staatsvertrag als nicht mehr existierend an.

So ist eine Kampfsituation entstanden, in der die katholische Volksopposition in Deutschland wieder in Einklang gekommen ist mit den offiziellen Kundgebungen des Vatikans. Der Vatikan hatte in Deutschland nicht mehr viel an organisatorischen Positionen zu verlieren. Die katholische Presse ist vernichtet, die katholische Jugend gänzlich dem katholisch-organisatorischen Einfluß entzogen, und die Bekenntnisschulen sind entscheidend zurückgedrängt. Die moralische Position, die der Vatikan in Deutschland hätte haben können — weit über die katholischen Kreise hinaus — hat er selbst zerstört durch seine Versuche, zum Bundesgenossen des nationalsozialistischen Systems, das heißt, zum Teilhaber seiner Verbrechen zu werden. Diese Versuche erfordern es, diese neueste Kundgebung des Vatikans, die sich auf hohe moralische Werte beruft, nüchtern im Lichte der vatikanischen Politik zu prüfen.

Die katholische Volksopposition in Deutschland, die sich gegen Bedrückung und Verfolgung, gegen Entrechtung und Unfreiheit, gegen die Barbarei und die Unsittlichkeit des Systems wie gegen staatlichen Gewissenszwang wendet, ist ein Teil des allgemeinen Freiheitskampfes. Sie hat es gefühlsmäßig begriffen, daß, wer immer Recht und Freiheit für sich fordert, sie für alle fordern muß. Das aber ist keineswegs die Position des Vatikans, und es muß deshalb mit der größten Schärfe festgestellt werden, daß die vatikanische Politik nichts, aber auch gar nichts mit dem deutschen Freiheitskampf zu tun hat.

Dieser für den Gebrauch in Deutschland bestimmten Enzyklika ist eine andere, allgemeine Enzyklika eine Woche vorhergegangen, die sich gegen den »atheistischen Kommunismus« wendet. Diese Enzyklika enthält die Richtlinien der allgemeinen Politik des Vatikans, und diese Politik ist die der europäischen Gegenrevolution. Die Enzyklika gegen den

atheistischen Kommunismus reiht sich ein in die »antikommunistische Front« der Diktaturländer, die in dem famosen deutsch-japanischen Antikominternpakt ihren Ausdruck gefunden hat. Ihre Ideologie zeigt alle die Elemente, die in dem faschistischen Kampf gegen den »Marxismus«, gegen den »Materialismus« des Marxismus, gegen den Sozialismus überhaupt hervorgetreten sind. Sie ist das Programm zu der Politik, die der Vatikan gemeinsam mit der europäischen Gegenrevolution führt.

Diese Politik hat in Deutschland auf die Karte des gegenrevolutionären Nationalismus gesetzt — siehe die Aera Kaas-Brüning im Zentrum —, sie hat in Oesterreich mit Seipel vorbereitet, was Dollfuß und Schuschnigg vollendeten, sie hat in Italien sich zum Bundesgenossen des Faschismus gemacht. Sie hat vier Jahre lang in Deutschland die katholische Volksopposition in ihrem opferreichen Kampfe allein gelassen, solange sie nur hoffen konnte, durch Teilnahme an den historischen Verbrechen des deutschen Faschismus organisatorische Positionen der Kirche zu behaupten. Sie hat an der Hetze des nationalsozialistischen Systems gegen Sowjetrußland teilgenommen, statt sich gegen diese offenkundige Kriegshetze zu wenden, sie hat den abessinischen Feldzug Mussolinis gutgeheißen und gesegnet, auf daß die italienischen Legionen den Abessinern auf der Spitze der Bajonette die Segnungen des katholischen Glaubens brächten, und sie ist unmittelbarer Teilhaber an dem Verbrechen des internationalen Faschismus in Spanien. Diese Bundesgenossenschaft liegt vor den Augen der ganzen Welt offen. Selbst wenn man nicht so weit gehen will wie Wickham Steed, der es für eine haltbare Hypothese erklärt, daß der Vatikan der Brennpunkt der Verschwörung zwischen Deutschland, Italien und Portugal gewesen sei, bleibt die offene Parteinahme des Vatikans für die abscheulichsten Verbrechen, die Aufreizung zu fortwährender Gewalttat gegen das Recht, die Segnung der rebellischen Waffen, die bestimmt sind, das spanische Volk in eine Knechtschaft zurückzuführen, an der die Kirche als Bedrückerin ein gerütteltes Maß von Schuld trug. Während der Vatikan in Deutschland gegen Rechtsbruch und Unterdrückung durch Hitler protestiert, ist er in Spanien gemeinsam mit Hitler bestrebt, das spanische Volk zu unterdrücken und den Rechtsbrechern zum Siege gegen das Recht zu verhelfen. Wir hoffen sehr, daß die freiheitsliebende deutsche Opposition, die atemlos die spanische Entwicklung verfolgt, diese doppelte Moral der vatikanischen Politik durchschaut.

Es geht dem Vatikan in Deutschland um die Machtposition seiner kirchlichen Organisation, nicht um eine geistige und kulturelle Position. Das Aufbegehren gegen die Unterdrückung in Deutschland ist ihm gerade gut genug, um es für seinen

Machtkampf zu benutzen. Wahrlich nicht um Freiheit geht es ihm! Die christliche Lehre enthält Grundelemente des Humanismus. Das sind absolute Werte, die nicht nach politischer Opportunität beliebig verteidigt oder preisgegeben werden können. Wenn man sich zur Demokratie bekennt, so muß das Bekenntnis allgemein gültig sein. Wenn man Freiheit will, muß man sie allgemein wollen. Die Freiheit, die nur die Knechtschaft anderer ist, ist keine Freiheit. Wer auf die Werte des Humanismus pocht, der darf sie nicht anderwärts mit Füßen treten.

Zwischen der deutschen Enzyklika des Vatikans auf der einen Seite und der allgemeinen Enzyklika und der gegenrevolutionären Politik des Vatikans auf der anderen Seite klafft ein vollendeter Widerspruch. Hier spricht man von Recht, von Verteidigung von Recht und Freiheit — dort verherrlicht man den abscheulichsten Rechtsbruch, die Diktatur gegen das Volk, predigt man die Unduldsamkeit und ruft nach dem Gewissenszwang und der Staatsgewalt gegen die »Atheisten«, nach der geistigen Diktatur. Dieser zynische Machiavellismus soll eine moralische Position im Kampfe gegen das unsittliche braune System darstellen?

Geht es denn der katholischen Opposition in Deutschland wirklich nur um Recht und Freiheit der Kirche und pfeift sie auf Recht und Freiheit anderer, auf Recht und Freiheit als allgemeine Prinzipien? Will sie wirklich nur die nationalsozialistische Diktatur durch die Inquisition ersetzen, will sie wirklich als gegenrevolutionäre Fraktion an der gegenrevolutionären Herrschaft beteiligt werden? All die Opfer, die sie gebracht hat, nur um an die Stelle des Hitlersystems ein italienisches oder österreichisches Modell des Faschismus zu setzen? Wir glauben nicht, daß die Opposition katholischer Volkskreise von dem gleichen gesinnungslosen Opportunismus getragen ist wie die Politik des Vatikans. Diese Politik tritt zynisch die kulturellen und humanitären Elemente des Christentums zu Boden, sie wird zum Lobredner des Rechtsbruchs, der Gewalt, der Diktatur und des Krieges, zum Verbündeten des faschistischen Imperialismus. Für welche christlich-moralischen Werte fordert sie denn Kampf und Opfer der deutschen Katholiken?

Der Kampf gegen das Hitlersystem in Deutschland ist ein großer moralischer Kampf. Er muß geführt werden von großen, allgemein-gültigen Prinzipien aus. Er hat nichts zu tun mit einem widerlichen Schacher um partikuläre Rechte, bei dem Moralprinzipien für Vorrechte verkauft werden sollen. Der vatikanische Bundesgenosse Franco, Hitler und Mussolinis in Spanien und Oesterreich fehlt jedenfalls die moralische Qualifikation, um nur irgendwie als eine Kraft oder ein Bundesgenosse in diesem Kampfe angesehen zu werden. M. K.

Der großkapitalistische Kurs

Daß die Hitler-Diktatur den Interessen des Großkapitals am weitesten entgegenkommt, dafür spricht die Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften in den letzten Jahren. Diese Entwicklung hat das Uebergewicht der Großen über die Kleinen bedeutend verstärkt.

Die Zahl der Aktiengesellschaften im ganzen hat sich von 1932 bis 1936 von 9634 auf 7204 verringert. Die Abnahme beträgt 2430 oder rund 25 Prozent. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften hingegen ist von 22,3 Milliarden RM auf 19,2 Milliarden oder nur um 14 Prozent zurückgegangen.

Eine Aufgliederung ergibt nun die Tatsache, daß der Rückgang bei den kleinen Aktiengesellschaften (unter 50.000 RM Aktienkapital) viel stärker ist als bei den mittleren und großen Aktiengesellschaften. Haben sie von 5622 auf 3863 oder um rund 31 Prozent abgenommen, so beträgt die Verringerung der Zahl bei den mittleren Aktiengesellschaften nur etwa 18 Prozent und bei den großen Aktiengesellschaften gar nur 0,9 Prozent.

Durch diese Verschiebung ist der Anteil der mittleren und großen Aktiengesellschaften an der Gesamtzahl der deutschen Aktiengesellschaften wesentlich gestiegen.

Noch schärfer tritt die Veränderung zugunsten des Großkapitals hervor, die in den vier Jahren der nationalsozialistischen Diktatur auf dem Gebiete des Aktiengesellschaftswesens vor sich gegangen ist, wenn man die

Zahl und das Aktienkapital der kleinen Aktiengesellschaften am Ende des Jahres 1936 denen der großen Aktiengesellschaften gegenüberstellt.

Nach einer in Nr. 4 von »Wirtschaft und Statistik« enthaltenen Uebersicht waren Ende 1936 insgesamt 6560 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 5000 bis 5 Millionen RM vorhanden. Das entspricht 91 Prozent der Gesamtzahl aller deutschen Aktiengesellschaften. Diese 6560 Aktiengesellschaften verfügten über ein Nominal-Aktienkapital von insgesamt 4801,6 Millionen RM. Da das gesamte Aktienkapital aller deutschen Aktiengesellschaften 19.224,6 Millionen RM beträgt, sind das rund 25 Prozent. Und nun die großen Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 50 Millionen RM und mehr. Ihre Zahl betrug Ende 1936 insgesamt nur 55. Damit stellen sie nur 0,8 Prozent aller deutschen Aktiengesellschaften. Ihr Aktienkapital hingegen erreicht die Höhe von 6962,3 Millionen RM oder von 36 Prozent des gesamten Aktienkapitals.

Während also die 91 Prozent der kleinen Aktiengesellschaften nur über 25 Prozent des Aktienkapitals verfügen, besitzen die 0,8 Prozent der großen Aktiengesellschaften 36 Prozent des Aktienkapitals!

Durch die Aktienrechts-Reform und durch die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten überhaupt ist diese Entwicklung der Stärkung des Großkapitals gerade in der letzten Zeit weiter wesentlich beschleunigt worden. Diese wirtschaftliche Stärkung der großkapitalisti-

sehen Schichten zieht auch eine Zunahme ihres politischen Einflusses nach sich.

Jedenfalls läßt diese Statistik erkennen, daß der von den Nationalsozialisten angeblich verwirklichte »deutsche Sozialismus« in Wahrheit in nichts anderem besteht als in einem Ausbau und in einer Festigung der wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen der großkapitalistischen Schichten.

Göbbels beerbt Hugenberg

Seit Monaten geht der Stunk um die Ufa. Die Aktionäre klagten über die Defizite, die Nazipresse über die Filme und die »Mißwirtschaft«. Hugenberg über »die Faktoren, deren wir nicht Herr sind...« Nun haben diese Faktoren gesiegt, die Ufa wird verstaatlicht. Der Aufsichtsrat wird eine Mehrheit nationalsozialistischer Vertrauensräte erhalten, die finanzielle Führung dürfte die Deutsche Bank übernehmen. Das Auslandsgeschäft schrumpfte dauernd und so stark, daß die Exporterlöse im letzten Rechnungsjahr von sieben Millionen auf vier Millionen sanken. Das Ausland lehnte die braunen Tendenzfilme ab.

Göbbels ist Sieger, Hugenberg bleibt auf der Strecke. Alle antibolschewistischen Filme haben ihn nicht gerettet. Erst wurde der Harsburger Bundesgenosse aus allen politischen Stellungen herausgedrückt und jetzt aus seiner eigenen nationalen Fabrik. Der sture Book fand gerissener Böcke, denn alle Schuld rächt sich auf Erden. Die seine sogar schneller, als sich die Deutschnationalen hätten träumen lassen.

Der nordische Block

Sicherheit durch die Großen.

Die Reisen des belgischen Königs nach London und des schwedischen Außenministers Sandler nach London und Paris haben die Absichten, die mit der Bildung des projektierten sogenannten »nordischen Blocks« verbunden sind, etwas schärfer hervortreten lassen. Während des letzten Weltkrieges haben Holland und die skandinavischen Länder den großen Vorteil der Neutralität genossen. Heute treibt sie die Sorge, daß sie bei einem künftigen Kriegsausbruch in den Strudel der außenpolitischen Ereignisse mit hereingezogen werden könnten, und sie suchen dem vorzubeugen. Dieses Bestreben findet naturgemäß starkes Interesse auch in anderen kleinen Ländern, die, wie Belgien, von 1914—1918 Kriegsschauplatz gewesen sind, und die den begreiflichen Wunsch hegen, es nicht wieder zu werden. Aus solchen Sorgen und Wünschen kristallisiert sich der Gedanke einer Gemeinschaft, die durch Vereinigung der Kräfte eine gewisse Macht darstellt, die aber ihre Macht nur dazu gebrauchen will, sich nach Möglichkeit aus den blutigen Verwicklungen herauszuhalten. Das Ganze läuft also ungefähr auf das hinaus, was man früher eine »bewaffnete Neutralität« genannt hat.

Diese bewaffnete Neutralität will dem Völkerbund treu bleiben und steht seinen Hauptmächten, England und Frankreich, wohlwollend gegenüber. Genauer gesagt, sie möchte den Schutz des Völkerbundes, das heißt vor allem Englands und Frankreichs gegen einen möglichen deutschen Angriff für sich in Anspruch nehmen, sie möchte aber auch auf keinen Fall durch ihr eigenes Verhalten für einen solchen Angriff einen Vorwand liefern.

Es versteht sich von selbst, daß man in London und mehr noch in Paris der Meinung ist, wer nehmen wolle, müsse auch zu geben bereit sein. Die Idee der bewaffneten Neutralität während des Krieges ist mit der Idee der kollektiven Sicherheit nicht zu vereinbaren. Der Hinweis auf die eigene Schwäche und Hilfsbedürftigkeit wird durch den geplanten Zusammenschluß zum Teil widerlegt: Zusammengeschlossen bilden die drei skandinavischen Staaten nebst Belgien, Holland und eventuell Finnland eine nicht unbeträchtliche Macht. Wenn sich diese Macht gegen die deutsche Bedrohung in den Schutz der Westmächte begeben will, so wird sie um gewisse Gegenleistungen nicht herumkommen. Diese Gegenleistungen dürften den Hauptgegenstand der Besprechungen bilden, die mit den belgischen und schwedischen Besuchen begonnen haben.

Die Tragödie der deutschen Presse

Der »Manchester Guardian«, eines der angesehensten Organe der englischen Zeitungsweit, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Schicksal und Zustand der deutschen Presse. Er beklagt das Los der emigrierten deutschen Journalisten, aber er findet das Dasein ihrer noch im Amte verbliebenen Kollegen nicht weniger beklagenswert. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die schmachtvolle Komödie, die der wahnsinnige Provinzdespot Julius Streicher mit den Nürnberger Journalisten auführte, indem er sie Akrobatenkünste zu üben zwang. Der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse, Hauptmann Weiß, habe zwar in seiner Rede an diesem skandalösen Vorgang eine sehr zahme Kritik gefibt, doch sei selbst diese der Zensur zum Opfer gefallen. Das große englische Blatt findet den Vorgang symptomatisch:

»Ein unabhängiger Journalismus hat in Deutschland zu existieren aufgehört. Höchstens ist es möglich, in gewissen Zeitungen von Zeit zu Zeit zwischen den Zeilen Spuren einer versteckten Kritik zu finden; das ist aber auch alles... Selbst die deutschen Korrespondenten im Ausland stehen unter ständiger Aufsicht. Ueber das Ausland darf die deutsche Presse nur einen kleinen Teil der Wahrheit sagen, und auch diesen nur propagandistisch zurechtgestutzt. England und die englische Politik werden den Deutschen in einem Vexierspiegel gezeigt, dessen Bild sich von Tag zu Tag mehr zu einer böartigen Karikatur verzerrt. Die unausbleibliche Konsequenz für die deutsche Presse war eine Knechtseligkeit und geistige Erniedrigung, die durch vierjährige Gewohnheit schon halbfreiwillig geworden ist. Die Eroberung der Presse durch die Nationalsozialisten ist vollständig, und eine ganze journalistische Welt, die einst zu den freiesten und glänzendsten gehörte, ist vernichtet worden.«

So der »Manchester Guardian«. Das Lob, das er dem deutschen Pressewesen der Vergangenheit spendet, gilt in erster Linie dem der deutschen Republik. Unter ihr hatten die Zeitung und der Journalist in Staat und Gesellschaft eine ähnliche angesehenen Stellung

Die Achillesferse der Diktaturen

Durch ihre spanische Intervention haben die beiden europäischen Haupt-Diktatorländer sich nicht allein moralisch kompromittiert. Sie haben wohl einmal mehr ihre skrupellose Raub- und Abenteuerpolitik zur Schau gestellt; zugleich aber ist die Welt auch gewahr geworden, wieviel Bluff hinter ihrem großspurigen Auftrumpfen mit den Mitteln der Gewalt steckt: diese Mittel stellen sich, so kostspielig sie auch sind, so sehr sie Wirtschaft und Finanzen der Diktatorländer ruiniert haben, keineswegs als dem Preise angemessen, keineswegs als unwiderstehlich heraus. Gerade Spanien lehrt: die Diktaturen sind selbst rein militärisch sehr viel schwächer, als sie einer eingeschüchterten Welt weismachen wollen.

Zuerst war es die deutsche Aufrüstung, die ihre schwachen Punkte offenbarte. Ganz im Gegensatz zu dem eingebildeten Gerede von den »unnachahmlichen Wundern der deutschen Technik« stellte sich eine überraschende Minderwertigkeit des deutschen Rüstungsmaterials auf mehr als einem Gebiet heraus, namentlich aber auf dem Gebiet der Kriegs-Luftfahrt. Mag das überhastete Tempo der deutschen Wiederbewaffnung als Entschuldigung dienen — Tatsache bleibt: zu der Zeit, als der Angriff der deutschen Luftwaffe von den in Frage kommenden Nachbarländern am meisten gefürchtet wurde, hätte ein Luftkrieg wahrscheinlich in einer vernichtenden deutschen Niederlage geendet. — Ebenso wären die deutschen Tanks im Kriegsfall vor der ersten gegnerischen befestigten Linie als hilflose Wracks liegen geblieben.

Hat so der Nimbus der deutschen Bewaffnung erheblich gelitten, — der Nimbus des deutschen Militärs blieb relativ unangetastet, weil es bisher noch nicht in Massen eingesetzt wurde. Dagegen ist dies mit italienischen Truppen geschehen. Es waren nicht gewöhnliche, sondern motorisierte Elite-Divisionen, die im Norden Madrids in den Kampf geworfen wurden. — Der Italiener hat während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts nicht als guter Soldat gegolten. 1859 und 1866 konnten die Italiener ihre Unabhängigkeit gegen Oesterreich nur dank französischer, bzw. preussischer Hilfe erringen. Auch im Weltkrieg waren die militärischen Leistungen der Großmacht Italien sehr bescheiden: mit Einsatz ihrer gesamten Armee vermochte sie die Isonzofront der gleichzeitig gegen Rußland und Serbien kämpfenden Oesterreicher nicht zu durchbrechen; ja nach dem Ausscheiden Rußlands aus der Entente front wurden die Italiener sogar bis zur Piave zurückgeworfen, und kamen dort nur dank französischer Waffenhilfe zum Stehen.

Natürlich war dies militärische Versagen nur darauf zurückzuführen, daß Italien damals noch keinen Mussolini an der Spitze hatte! Nun aber ist den Italienern in fünfzehn Jahren Diktatur der Heilgeist der römischen Legionen eingepfropft worden und italienische Niederlagen kann es seitdem nicht mehr geben. Erster Beweis: der Siegeszug in Abessinien.

Allerdings gilt für die Diktaturen in hervorragendem Maße das Wort aus Schillers »Räubern«: »Bei nackten Nonnen habt Ihr ein großes Maul...« — Wobei man statt »Nonnen« nur »Wilde« einzusetzen braucht. Mussolinis Presse konnte sich kaum genug des Sieges über undziplinierte afrikanische Stämme brüsten,

die z. T. mit Steinschloßflinten gegen Maschinengewehre kämpften, die nicht einmal von der Existenz der Giftgase, geschweige denn vom Schutz dagegen etwas wußten, die nicht ein einziges Flugzeug, nicht einen einzigen Tank besaßen usw. usw. Aber, seien wir ehrlich: fast die ganze Welt ist auf die Prahlerei des Faschismus mit seiner an den Abessinern bewiesenen Unüberwindlichkeit hereingefallen.

Nun sollte an den spanischen Milizen der zweite Beweis für die unwiderstehliche Kraft des faschistischen Militärs erbracht werden. Was ließ sich anders erwarten, als daß diese ungeschulten, schlecht bewaffneten Haufen eines Volksheeres von den kriegsgewöhnten faschistischen Söldnern ebenso in die Pfanne gehackt würden als die halb nackten Abessinier? — Aber es ist sehr viel anders gekommen: bei Brihuega haben die Divisionen Mussolinis vor den verachteten Milizen Fersengeld geben müssen; trotz ihrer Motorisierung, trotz ihrer allermodernsten Bewaffnung haben sie eine unbestreitbare Niederlage einkassiert.

Wundern kann das nur den, der blind an die »Wunder« der Diktatur geglaubt hat. Die militärische Kraft eines Staates hängt nun einmal nicht von den Deklamationen eines Duce oder eines »Führers«, sondern von sehr realen Umständen ab. Mit dem Phantom einer Wiederherstellung des altrömischen Weltreichs mag man Schullehrer und (wahrscheinlich noch eher) Schulkinder begeistern; — aber der Arbeiter, der industrielle wie der Landproletarier, spürt zunächst den schweren Druck der Kosten dieser Eroberungspolitik. Wenn der Italiener im neunzehnten Jahrhundert ein schlechter Soldat war, so lag das nicht an irgendwelcher Minderwertigkeit des italienischen Volkscharakters, als vielmehr an der Tatsache, daß das Gros der italienischen Volksmasse aus zerlumpten, ausgemergelten Analphabeten bestand. — Hat Mussolinis Diktatur daran etwas geändert? — Im Gegenteil! Sie hat die von der modernen Arbeiterbewegung geschaffenen Ansätze einer Besserung zugleich mit jener brutal zerschlagen. Mussolini mag seine Sklaven drillen, einschüchtern, er mag ihnen die modernsten Waffen in die Hand geben; — nur Begeisterung für seine Sache kann er ihnen nicht einprägen.

Das Verhalten der Italiener bei Brihuega ist dafür charakteristisch. Sicher waren es im faschistischen Sinne besonders »zuverlässige« Truppen, im Kern aus organisierten Schwarzhemden zusammengesetzt, die Mussolini nach Spanien geworfen hat. Selbst sie haben sich der Zersetzungspropaganda zugänglich gezeigt. Ganze Abteilungen von ihnen sind übergelaufen, andere haben nach schwachem Widerstand kapituliert. Wohl noch nie in den bisherigen Kämpfen konnte die republikanische Regierung eine so hohe Geschütz- und Gefangenenbeute melden wie bei Brihuega; ein Beweis, wie schlecht die Italiener gestanden, wie fluchtartig sie den Kampfplatz geräumt haben.

Dadurch gewinnt dies Gefecht historische Bedeutung weit über seine unmittelbare militärische hinaus. Es zeigt: die Truppen der faschistischen Diktatur sind keineswegs unbesieglich, sondern sie sind sogar außerordentlich rasch demoralisiert, sobald sie auf energischen Widerstand stoßen. Offenbar hatten Mussolinis Eliteformationen jede Kampflust verloren, als

sie sich anstatt der erwarteten »nackten Wilden« todesmutig und begeistert für ihre Sache eintretenden modernen Soldaten gegenüber sahen.

Dabei wollen wir den Kampfwert der republikanischen spanischen Milizen keineswegs überschätzen. Noch vor einigen Monaten war er sehr gering, und er hat sich nur Schritt für Schritt gehoben. Noch jetzt fehlt es den republikanischen Truppen sehr an qualifizierten Führern und an ausgebildeten Spezialisten für verschiedene Waffengattungen. Noch heute muß persönlicher Mut und Erfindungsgabe des Soldaten manchen technischen Mangel ausgleichen. Daß gleichwohl eine solche Truppe raffiniert ausgebildete und bis aufs I-Tüpfelchen ausgerüstete Divisionen zu schlagen weiß, — gerade das zeigt, wie weit die Armeen der Diktatur von Unbesiegbarkeit entfernt sind. Daß es u. a. eine Truppe italienischer Emigranten, die Brigade Garibaldi war, die den Sieg über Mussolinis Söldner mit erfochten half, das gibt der Sache noch eine besondere Note: sie zeigt, wie gut Emigranten sich den Haß ihrer Tyrannen verdienen können. Wer die Rednergabe eines Nenni, eines Nicoletti kennt, der wird nicht zweifeln, daß ein paar im vordersten Graben aufgestellte Lautsprecher eine ganze Zahl von Maschinengewehren ersetzt haben dürften!

Es erhebt sich daraus die Frage: Welche Rolle wird die Waffe der Zersetzungspropaganda erst in einem Krieg europäischen Maßstabes spielen, den die Diktaturen nicht mit Eliteformationen allein führen können? — Man muß bedenken: gerade die Soldaten der Diktatur ziehen in den Krieg, zwar mit dumpfem Widerwillen, aber bisher von ihrer Presse in völliger Ahnungslosigkeit über die wirklichen Tatsachen und Zusammenhänge gehalten. Welche Wirkung läßt sich erwarten, wenn plötzlich all die ihm unbekanntem Tatsachen auf den Soldaten hereinbrechen, — und der Grabenkrieg bietet vielerlei Gelegenheit, sie zu übermitteln. Man sage nicht: der Soldat wird doch die Wahrheit nicht glauben. Der Lügenapparat der Diktatur sorgt automatisch dafür, daß jedes Vertrauen zu der eigenen Führung verloren geht. Ein Soldat, der z. B. zu einer »Übung« abkommandiert wird und der sich dann in Spanien wiederfindet, muß schon hierdurch jeden Glauben an das, was seine Vorgesetzten ihm sagen, verlieren. Und dann sehen ja die Soldaten in Spanien mit eigenen Augen, wie das, was man ihnen über die dortigen Zustände daheim erzählt hat, der blanke Schwindel war. — Und ähnlich wird es bei jeder künftigen Gelegenheit sein, bei der die Diktatur ihre Streitkräfte zur Störung des Weltfriedens einsetzt.

Nein, Diktaturtruppen sind nicht unüberwindlich, sie sind sogar relativ rasch zu demoralisieren, wenn sie zugleich auf entschlossenen tatsächlichen Widerstand — der ist und bleibt erstes Gebot — und auf die Kraft einer überlegenen Idee stoßen. Denn sie selber sind ideenlos, blinde Werkzeuge, die sich wohl mit der Aussicht auf raschen Sieg und leichte Beute zunächst in den Kampf jagen lassen, die aber, wenn beides ausbleibt, allein noch dem Zwang und der Furcht vor den Vorgesetzten gehorchen.

Das ist die große Lehre von Brihuega. M.

lung wie in Amerika, England oder Frankreich. Der Nazismus hat damit gründlich aufgeräumt. Er hat den deutschen Schriftsteller und Journalisten seiner Menschenwürde beraubt, ihn zu einem verachteten und verächtlichen Kuli herabgedrückt. Der Gleichgeschaltete ist im Grunde genommen noch über daran als der Emigrant, dem wenigstens das eine geblieben ist, ohne das ein anständiger Mensch nicht leben kann: die Selbstachtung!

Sein Abziehbildchen

Der belgische Miniatur-Hitler — warum er dem Dritten Reich imponiert.

Die Machtprobe, die jetzt in der belgischen Hauptstadt zwischen dem »Rex-Führer« Leon Degrelle und dem Ministerpräsidenten van Zeeland bevorsteht — gibt der Berliner »Zeitschrift für Politik« Gelegenheit, den biographischen Ruhm dieses Stützpunktes des Dritten Reiches im kleinen Nachbarland zu

feiern. Als Beweis der besonderen Eignung ihres Leon in punkto Politik und »Führung« wird folgendes angeführt:

»Ueber sein (Degrelles) Verhältnis zur katholischen Kirche sagte er einmal:

»Die katholische Kirche bedroht mich mit dem Bannstrahl. Das ist mir aber gleichgültig. Ich besitze ein Geheimdokument über einen belgischen Kardinal, das ich der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben werde. Mehr als zweitausend katholische Geistliche haben in Belgien Unterschlagungen begangen und andere Verbrechen verübt, die dem belgischen Volk einen Schaden von Millionen zufügten.«

Das mit dem »Geheimdokument über einen belgischen Kardinal« ist beinahe noch schöner, als der bekannte »Rettungsplan für das deutsche Volk«, den seinerzeit Herr Hitler in seiner großen Auseinandersetzung mit Brüning ebenfalls fix und fertig daheim, im Münchener braunen Haus, in der Schreibschublade hegen haben wollte. Die »Millionen«, die zweitausend belgische Kleriker veruntreut haben, sind von verblüffender

Ähnlichkeit mit dem »Millionendiebstahl der Braun und Severings«, der Hitlers zukünftigste Wahiparole vor der »Machtergreifung« bestreiten mußte. Man sieht: die »Führer« haben überall immer nur ein Rezept: die Spekulation auf die Ignoranz und die schlechten Instinkte derer, die sie als »das Volk« ausgeben.

Helft Devisen sparen!

Die »Preussische Zeitung« (Nr. 63) schlägt vor:

»In der Zeit, wenn die Eier knapp und teuer sind, kann man bei einem Küchenrezept Eier sparen, wenn man dem Teig Essig zusetzt. Ein Teelöffel Essig an Stelle eines Eies tut dem Kuchen urcham keinen Schaden.«

Die Hausfrauen werden den guten Ratgebern hoffentlich ihrerseits empfehlen, solange das Eisen knapp und teuer ist, statt mit Eierhandgranaten mit Essiggurken zu werfen.

Unfröhliche Ostern

Die Schranken der Kriegswirtschaft

»Brauchtum« ist eine schöne Sache und seine Pflege den Nazis eine teure Sache. Osterfeier sind ein schönes Brauchtum, aber dank den Erfolgen nationalsozialistischer Agrarpolitik sind die Osterfeier nicht nur für die Konsumenten teurer als je, sie fordern sogar Devisen. Zitieren wir einen Marktbericht vom 20. März:

Dem um diese Jahreszeit eintretenden Mehrbedarf konnte durch reichliche Zufuhren aus inländischen Uberschußgebieten und größere Auslandsendungen eher entsprochen werden. Die Legetätigkeit hat im gesamten Reichsgebiet mit wenigen Ausnahmen zugenommen. Dänemark, Holland, Belgien und Ungarn hatten gleichfalls wieder mehr Eier abzugeben. Unter diesen Umständen war es möglich, die Bevölkerung besser als bisher mit Frischeiern zu versorgen, wenn auch nicht allen Ansprüchen genügt werden konnte.

Und in einem Bericht der sicher unverdächtig »Neuen Züricher Zeitung« vom 19. März heißt es:

»Die Eierknappheit nimmt zeitweise groteske Formen an. Es ist keine Seltenheit, daß in den Läden um ein bis zwei Stück geradezu gebettelt werden muß. Es kann auch vorkommen, daß unter einigen im Laden gekauften Eiern manchmal jedes einzelne Stück aus einem anderen Lande stammt. Trinkeier sind zeitweise nicht erhältlich.«

Nicht viel besser als um das Osterfest steht es um den Osterkuchen. Es fehlt an Fett. Schon seit dem 1. Oktober 1936 wurde der Verkauf von Schlagsahne an den Verbraucher grundsätzlich verboten. Am Aschermittwoch wurde dann verordnet, daß nur zweimal in der Woche Gebäck in siedendem Fett hergestellt werden darf. Das Regime besteht darauf, den Fettverbrauch des deutschen Volkes um 25 Prozent zu verkürzen. Die augenblickliche Situation schildert die »Neue Züricher Zeitung« so:

»Die Milchversorgung ist sichergestellt, und es können keine Störungen festgestellt werden. Milchprodukte, wie Rahm und Butter, sind dagegen sehr knapp. Rahm ist normalerweise in den Läden überhaupt nicht erhältlich. Abgesehen von den Kundenlisten und der dadurch bedingten Einschränkung des freien Einkaufs sind keine Rationierungsmaßnahmen ergriffen worden. In letzter Zeit dagegen werden von den zuständigen Aemtern Erhebungen über den durchschnittlichen Butterkonsum der Bevölkerung angestellt. Man vermutet daher, daß künftig eine Rationierung der Butterabgabe eingeführt wird. Ähnliches steht für den Kauf anderer Fettarten bevor.«

Aber es hapert nicht nur an Fett, sondern auch an weißem, zum Backen geeignetem Mehl. Die Mühlen dürfen in diesem Jahre den Weizen nur noch in zwei Formen vermahlen: erstens zu einem sogenannten Vollmehl, wobei der Weizen nur in eine Mehlsorte, und die anfallende Kleie zerlegt wird, zweitens wird eine halbe Weizenmehltypen zusammen mit einem dunklen Mehl hergestellt, wobei das Verhältnis 1 : 1 vorgeschrieben ist. Das dunkle Mehl ist aber zu Backzwecken wenig geeignet, schmeckt schlecht und ist schwer verdaulich. Es begegnet also beim Konsumenten ziemlichen Widerstand. Die Mühlen erzwingen den Absatz, indem sie das dunkle nur in Verbindung mit dem hellen Mehl abgeben, und die Bäcker verkaufen deshalb auch den Hausfrauen helles Mehl nur bei gleichzeitiger Abgabe mit dunklen, obwohl das ein unerlaubtes Koppelgeschäft darstellt. Es wächst die Besorgnis, daß die Versorgung mit Weizenmehl Schwierigkeiten macht, und in einem Aufruf des Reichsinnungsmeisters des Bäckerhandwerkes werden nicht nur Maßnahmen gegen die »hauptsächlich in Großstädten entstandene Gepflogenheit, noch spät nachmittags und abends »weiße Ware« herzustellen«, angekündigt, sondern auch ein Verbot, frisches Brot abzugeben, in Aussicht gestellt. Nimmt man hinzu, daß auch Schokolade knapp ist und zum großen Teil durch Zucker ersetzt wird, so braucht man die deutsche Frau um ihre Sorgen in der Bereitung des Festgerichts nicht zu beneiden.

Aber es handelt sich ja längst nicht mehr um die »Feiertagskost«, sondern um die stets größere Knappheit der »Werktagskost«. Immer weniger kann verschwiegen werden, daß

die Autarkiepolitik des unfähigen Darré schmählich Bankrott gemacht hat. Als im letzten Winter endlich auch von dem verlogenen Reichsnährstand eingestanden werden mußte, daß die Getreide- und Futtermittel nicht ausreichen, daß die reichen Bestände aus den Vorjahren zur Aufzucht einer übergroßen Zahl von Rindern und Schweinen verbraucht worden sind, schätzte man, daß zur notwendigen Vermehrung der Einfuhr von Getreide und Futtermitteln etwa 250 Millionen RM an Devisen nötig sein werden. Im Februar mußte aber die nationalsozialistische »Deutsche Landwirtschaftliche Presse« zugeben, daß die Schätzung des Defizits an Brotgetreide und Futtermitteln auf 2 Millionen Tonnen zu niedrig sei. Das Blatt kommt jetzt auf einen Einfuhrbedarf von mehr als 3½ Millionen Tonnen.

Der Grund dafür ist die verrückte Planwirtschaft des Darré. Mit allen Zwangsmitteln hatte der Reichs-Unterernährstand die Bauern gezwungen, den Viehbestand zu vermehren. Betrug am 3. Dezember 1935 der Gesamtbestand an Schweinen 22,73 Mill. Stück, so am gleichen Tag 1936 schon 25,65 Mill., eine Vermehrung von fast 3 Millionen. Der Rindviehbestand vermehrte sich um über eine Million auf 20 (18,87) Mill. Stück und übertraf sogar den bisherigen Höchststand von 19,74 Mill. im Dezember 1933. Jetzt entdeckt das Organ des Reichsnährstandes, daß die 25½ Mill. Schweine 20 Mill. Tonnen Futtermittel brauchen, die Zunahme von 2½ Mill. Schweinen bedeute einen zusätzlichen Bedarf von 2 Mill. Tonnen Futter; an dem normalen Bedarf fehlen 1½ Mill. Tonnen Futtermittel, und dazu kommt ein Defizit von ¼ Mill. Tonnen Brotgetreide. Selbst das ist sicher noch optimistisch gerechnet, und man muß also das Defizit bis zur neuen Ernte jedenfalls auf über 4 Millionen Tonnen Getreidewert schätzen.

Zur Verminderung dieses Defizits gibt es zunächst ein Mittel, die raschere Abschächtung des Viehs. Diese kommt tatsächlich bereits in Gang, und das erklärt, warum die Fleischknappheit im Augenblick abnimmt. Eben erst hat der dumme Darré ein Buch geschrieben, in dem er nachweist, daß der »Schweinemord« von 1915 eine »jüdisch-marxistisch-bolschewistische Verschwörung« war, um eine deutsche Ernährungsfrage während des Weltkrieges herbeizuführen, eben ist der deut-

schen Presse verboten worden, von dem 80. Geburtstag von Professor Sering, des bedeutenden deutschen Agrarwissenschaftlers, Notiz zu nehmen, und in demselben Augenblick muß der Darré einen neuen Schweinemord verüben! Nur daß kein Krieg und keine Blockade diese Maßnahme erzwingt, sondern seine eigene Unfähigkeit und die verbrecherisch-leichtfertige nationalsozialistische Kriegswirtschaft! Die fortschreitende Substanzvernichtung, die diese nationalsozialistische Wirtschaftspolitik überhaupt bedeutet, kommt in der Verminderung des Viehbestandes besonders kraß zum Ausdruck. Sind doch, um zum jetzigen Bestand zu kommen, nicht nur der Bevölkerung die Entbehrungen an Fleisch und Fett auferlegt worden, sondern die aus den früheren Getreidebeständen vorhandenen 1,45 Mill. Tonnen restlos verbraucht worden. Nach dem jetzigen Mord stehen also zur Wiederaufzucht keine Reserven mehr zur Verfügung, und auf die jetzige Milderung der Knappheit muß eine viel schlimmere und dauernde folgen; ihr Umfang wird dann ganz von dem unvorhersehbaren Ausfall der nächsten Ernte ausfallen. In der Tat führt ja die nationalsozialistische Autarkiepolitik in die Zellen zurück, wo es noch keine internationalen Handel gab und eine Mißernte Hungersnot bedeutete.

Das Ausmaß, das die Abschächtung annehmen wird, wird von dem Betrag abhängen, den Schacht an Einfuhrdevisen zur Verfügung stellen kann. Dieser Betrag ist beschränkt durch den Bedarf der Rüstungseinfuhr. Er ist andererseits vermehrt durch die Konfiskation und teilweise Realisierung der konfiszierten deutschen Auslandswerte. Wir haben kürzlich hier mitgeteilt, daß Schacht aus dieser Maßnahme, die nicht zuletzt aus dieser Notlage der deutschen Ernährung entsprungen ist, Beträge aus dem Ausland erhalten hat, die auf mindestens 280 Millionen RM geschätzt werden. Wir haben Grund anzunehmen, daß diese Schätzung stark hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Immerhin verfügt das Regime noch über erhebliche Devisensummen, um einer akuten Katastrophe durch Steigerung der Einfuhr vorzubeugen. Das hindert nicht, daß diese Not chronischen Charakter annehmen muß, und daß die Kriegswirtschaft hier an eine Schranke stößt, die friedlich nicht überwunden werden kann. Dr Richard Kern.

Die Diplomatie von Provokateuren

Die für die englische Politik maßgebenden Kreise haben sehr lange Zeit gebraucht, um zu begreifen, daß es Hitler um ganz andere Dinge zu tun ist als um die Erhaltung des Weltfriedens. Es mußten schon sehr massive Dinge geschehen, wie die Einführung der Militärdienstpflicht, der Ueberfall Mussolinis auf Abessinien und der Krieg gegen die rechtmäßige spanische Regierung, um eine Wandlung der Anschauungen über das Wesen faschistischer Außenpolitik anzubahnen. Man beginnt zu erkennen, daß sich England nicht straflos an Europa desinteressieren kann, weil jeder Schritt vorwärts auf dem Wege zur faschistischen Vorherrschaft über Europa die Bundesgenossen schwächt, deren England zur Verteidigung gegen Angriffe auf seinen eigenen Besitzstand bedarf. Es setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß Englands politisches Schicksal in Europa entschieden wird und daß besonders die Bedrohung des europäischen Südostens zugleich das englische Weltreich selbst bedroht. Diese Erkenntnis dringt nicht überall mit gleicher Stärke durch, aber in sehr starkem Maße ist sie gerade in den Kreisen der Hochfinanz verbreitet, deren Feld das britische Weltreich ist und die jede Bedrohung seines Bestandes als Gefährdung ihrer eigenen Interessen empfinden. Vor einigen Wochen hatte die Zeitschrift »The Banker«, das Organ der englischen Großbanken, eine Sondernummer erscheinen lassen, die sich ausschließlich mit den »Ergebnissen von vier Jahren Nationalsozialismus« beschäftigt, worin das englische Finanzkapital gewarnt wird, der Hitlerregierung Kredite zu geben und die Außenpolitik Hitlers als Politik der Erpressungen gekennzeichnet wird. In dasselbe Horn bläst der »Eco-

nomist«, die älteste und angesehenste Wirtschaftszeitschrift der Welt. Seit Monaten wird in jeder Nummer England in Worten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, ermahnt, vor der Aggression der faschistischen Mächte auf der Hut zu sein.

»The Economist« vom 6. II. 1937:

»Die einzige Alternative, der einzige Schutz gegen den Krieg ist nicht mehr und nicht weniger als die Demokratie. In Ungarn, Polen und selbst Rumänien sind Anzeichen dafür vorhanden, daß diese Länder sich von diktatorischen Grundsätzen zu solchen demokratischer Regierungen hin entwickeln. Die Tschechoslowakei geht langsam, aber sicher den Weg des demokratischen Fortschritts. Die schwächsten Glieder des äußeren Europas müssen aus eigener Kraft stärker werden, aber unterstützt von der materiellen und moralischen Hilfe, die Frankreich, England und ihre Bundesgenossen irgend gewähren können. Ihre ökonomische und moralische Hilfe ist heute fähiger, Wohlstand zu sichern als Adler und Trompeten, die autoritären Schmuckstücke der Diktaturen. Die Zeit ist reif dafür, daß England und Frankreich alle Staaten ihres aktiven Bestands versichern, um die demokratischen Einrichtungen vor Unheil zu bewahren. Wenn die europäische Demokratie am Leben bleiben soll, muß sie zeigen, daß sie heute national wie international stark genug ist, das Gute durchzusetzen, wie sie es zu der Zeit war, als sie über die Welt ihre Segnungen verbreitete. Wenn sie durch ihr Versagen faschistischen Staaten erlaubt, ihre Solidarität zu schwächen und zu untergraben, würde sie ihre Anhänger preisgeben. In keinem Bezirk Europas würde dieser Prozeß raschere Fortschritte machen als im äußeren Europa.«

»The Economist«, 27. II. 1937.

»Die Moral von der Geschichte ist, daß weder Abessinien noch Spanien Präzedenzfälle darstellen, um vorauszusagen, was geschehen wird, wenn die Gangster sich ihre Beute in der Nähe suchen. Wenn die internationale Quarantäne über Spanien überhaupt wirksam wird, würde sie dazu dienen, in gewissem Maße das Vertrauen zu Kollektivaktionen wiederherzustellen. Ein Jahrhundert später mag die Nachwelt die abessinischen und spanischen Episoden als Höhepunkt der aufsteigenden Kurve faschistischer Machtpolitik ansehen. Soll das das Urteil der Geschichte sein, dann muß es die Aufgabe der demokratischen Regierungen Europas sein, vor der Diplomatie vom agents provocateurs und vor der Politik der Ueberfälle auf der Hut zu sein. Wenn Europa diese Lehren aus Spanien zieht, werden die spanische Tragödie und die Farce der Nichtintervention nicht fruchtlos gewesen sein.«

»The Economist« vom 6. III. 1937.

»Unsere Regierung hat bereits öffentlich den Standpunkt eingenommen, daß Frankreich nicht als Angreifer auftritt, wenn es seinen Vertrag mit der Tschechoslowakei respektiert und Deutschland den Krieg erklärt, falls die Tschechen von den Deutschen angegriffen werden. Wenn Frankreich unter solchen Umständen in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würde, werden es unsere Verpflichtungen Frankreich gegenüber wie auch unserer eigenen Lebensinteressen unmöglich machen, abseits zu stehen und Frankreich seinen Kampf allein ausfechten zu lassen. Andererseits fordert das englische Lebensinteresse ebenso gebieterisch, Frankreich beizustehen, wenn das Opfer nicht die Tschechoslowakei, sondern ein anderes europäisches Land ist. Denn es macht keinen Unterschied, ob ein europäisches Land, das von Deutschland angegriffen und unterworfen wird, zufällig im Westen oder im Osten der gegenwärtigen Grenzen des Reiches liegt. Unsere Aufgabe ist die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, und wenn Deutschland dieses Gleichgewicht zerstört, indem es sich zum Herrn von Osteuropa macht, wird unser Land von seiner Gnade abhängig sein. Am Dienstag beantwortete Mr. Eden Ribbentrops Forderungen nach Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien mit einem kategorischen Nein. Er bezog sich dabei auf Herrn Ribbentrops Drohung, Deutschland würde die Kolonien kraft seiner eigenen Stärke wiedererlangen. Das bedeutet, daß das Schicksal des britischen Reiches vom Gleichgewicht der europäischen Mächte abhängt. Das Geschick des britischen Reiches wird in der Tschechoslowakei entschieden. Die Regierung sollte schleunigst erklären, daß ihre Aufrüstung wie ihre anderen Hilfsmittel bestimmt sind, einem Angriff auf irgendeinen Teil Europas Widerstand zu leisten.«

Es ist der britische Imperialismus, der Imperialismus der alten Schule, der am klarsten die Gefahren erkennt, mit denen der neue faschistische Imperialismus die Welt bedroht.

Der Vierjahresplan — ein Kriegsplan

Geständnis eines braunen Wirtschaftsmannes.

In Münster sprach der Syndikus der Industrie- und Handelskammer, Pg. Dr. Jacobshagen, vor den nationalsozialistischen »Rechtswahrern« über den Vierjahresplan. Bei dieser Gelegenheit gestand er eine Wahrheit, deren Erwähnung sonst streng vermieden wird. Wir zitieren nach der »Westfälischen Landeszeitung« Nr. 78:

»Die vielverbreitete Meinung, daß der zweite Vierjahresplan in erster Linie der Wirtschaftsförderung diene und lediglich die Besittigung der Rohstoffknappheit im Auge habe oder nur die Nahrungsfreiheit sicherstellen solle, alles nur aus wirtschaftlichen Gründen, sei nicht richtig, wenn auch diese Aufgaben einen wesentlichen Bestandteil des Planes bildeten. Vielmehr sei der zweite Vierjahresplan in erster Linie eine hochpolitische Angelegenheit...«

Es fehle dem deutschen Volke an Raum. Sowohl die Größe als auch die Güte, bezw. der Gehalt des Bodens seien zu bescheiden und beschränkt, um eine volle Unabhängigkeit vom Ausland sicherzustellen. Der zweite Vierjahresplan wolle diesen Mangel, soweit es eben möglich sei, ausgleichen und beheben. Alle Kräfte der Nation würden zu diesem Zwecke mobilisiert. Das höchstmögliche Maß an Leistungssteigerung sei erforderlich, um die politische Unabhängigkeit zu erzielen. »Der Kampf«, so sagte der Redner, »ist der Vater aller Dinge des Lebens. Entweder führt er zur Freiheit oder zur Sklaverei.«

Deutlicher kann die Kriegsdrohung, die im deutschen Vierjahresplan liegt, wirklich nicht ausgesprochen werden.

Die hingerichteten Menschenrechte . . .

Was gilt in Hitlerdeutschland noch an »institutionellen Garantien«?

I.

England hat seine Magna Charta Libertatum, »The Great Charter«, den »großen Freiheitsbrief«, den es vor heute länger denn fünfhundert Jahren seinem König Johann — am 15. Juni 1215 — abgetrotzt hat. Es sind im ganzen 66 Artikel und zweifunddreißigmal in der Geschichte des Inselreichs mußte, bis zum Ausgang des Mittelalters, die Krone diese Artikel bestätigen. Keine ausgesprochene Verfassungsurkunde, und doch eine! Ihr neununddreißigster Artikel, ihr wichtigster, besagt: »Kein freier Mann soll festgenommen, gefangengesetzt, geächtet, verbannt oder irgendwie beschädigt werden, es sei denn durch ein Gericht seiner Rechtsgenossen und nach den Mitteln des Landes...« Das ist Old-Englands größtes Geschenk an die Menschheit und zugleich die unerschöpfliche Kraft seiner politischen Wesensart, die immer die letzte Schlacht im irdischen Getümmel gewinnt, mögen andere den kriegerischen Ruhm militanter Improvisationen für sich im Anfang buchen. Aus diesem Bewußtsein des Briten um sich selbst hat das Land, das sein Verfassungsleben an kein förmliches Gesetzeswerk knüpft — gerade in den entscheidenden geschichtlichen Momenten immer die zum Enderfolg notwendigen Kraftreserven moralischer und physischer Natur aus sich heraus entwickeln können. Die »Magna Charta« steht am Anfang einer nationalen Entwicklung, an ihren weiteren Haltepunkten steht die »Bill of Rights« des Jahres 1689, die die Rechte des Parlaments auf Bewilligung von Steuern, das Recht des Bürgers auf freie Wahlen und Freiheit der Rede für ewige Zeiten statuiert; steht auch jene Labour-Charte, an deren Begriff und Namen in der Mänsünde des sich entwickelnden Fabrikwesens die Anfänge der englischen Arbeiterbewegung angeknüpft haben.

Die Vereinigten Staaten von Amerika begehen gerade in diesem Jahr die hundertfünfzigjährige Geltung ihrer Verfassung. Die Pilgerväter hatten über den Ozean mitgenommen, was im Mutterland Grundlage und selbstverständliche Voraussetzung der politischen Existenz jedes unbescholtenen Bürgers geworden war. Nach dem siegreichen Unabhängigkeitskampf wurde George Washington — Idealgestalt des freien Bürgers einer neuen Welt — der Vater der Verfassung vom 17. September 1787. Vielmals hat sie in der amerikanischen Geschichte der letzten hundert Jahre Aenderungen in ihren funktionellen Bestimmungen erfahren: ihre Prinzipien und Grundthesen — von der Freiheit, Untastbarkeit, Selbstverantwortlichkeit der bürgerlichen Existenz — blieben unverseht und, nie und nirgends bestritten, das große Glaubensbekenntnis jener größten und mächtigsten Tochter Europas.

Freund George Washingtons, mit ihm kameradschaftlich als einer der siegreichen Miliz-Generale im Freiheitskampf besonders verbunden, war der Marquis de Lafayette. Nach seinem Heimatland zurückgekehrt, war er es, der — sich zum Teil wörtlich an die Formulierungen Washingtons in der Verfassung der USA haltend — in Frankreich am 11. Juli 1789 als Vertreter der Adelskammer der Generalstände die berühmte »Declaration des droits de l'homme et du citoyen«, die »Erklärung der Menschenrechte« vorschlug, die dann wirklich der Verfassung des Frankreichs der Revolution vom 3. September 1791 einverleibt wurde. Ihren Geist trugen die Sanskulotten Jourdan und die Garderegimiere Napoleons weit über Frankreichs Grenzen sieghaft hinaus. »Menschenrechte« —? Das war das große französische Statut von der Freiheit, dem Eigentum, der Sicherheit der Person, dem Widerstand als berechtigter Notwehr gegen Bedrückung...

Und Deutschland —? Hochgemut hatte die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1848 auch »Grundrechte für das deutsche Volk« als Reichsgesetz verkünden lassen und durchgesetzt, daß diese erste Garantie staatsbürgerlicher

Existenz, die das Land der Lessing, der Arndt und Görres sich ertrug, in die Reichsverfassung vom 28. März 1849 mit übernommen wurde. Gerade so lange währte aber auch nur der Traum deutscher Idealisten. Weil diese Reichsverfassung nicht von allen Regierungen des »Bundes« anerkannt wurde, fielen auch die »Grundrechte« formell wieder schon am 13. August des Jahres 1851. Die Bismarcksche Reichsverfassung war ein staatsrechtlicher Kontrakt nur von Fürsten, die ein politisches Handelsgeschäft eingingen; sie war nicht zum Hausgebrauch für den deutschen Staatsbürger (wenn es den im »Reich« überhaupt gab!) bestimmt; sie handelte auch gar nicht von ihm und seinen Rechten und Pflichten und sie hatte ihre Wirksamkeit und Geltung nicht über das bundesrätliche Archiv hinaus. Es mußte erst ein so ungeheures, bis ins Letzte aufwühlendes Erlebnis eines bis in den staatlichen Bankrott gejagten, besiegten und gedemütigten Volkes kommen, auch daß die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 in würdiger — man darf heute sagen: in lapidarer und epochaler — Form den Versuch machte, die staatspolitische Existenz ihrer Bürger durch besondere »Grund-« und Verfassungsrechte erst zu fundieren. Mit anderen Worten: das nachzuholen, was anderen glücklicheren und politisch reiferen Völkern, sei es im ungeschriebenen Gesetz der politischen Tradition, sei es in den geschriebenen und gedruckten Formeln nationalgeschichtlichen Werdens, in Fleisch und Blut übergegangen war. Nichts scheidet die übrige Welt vom gegenwärtigen »Dritten Reich« Adolf Hitlers mehr mit jenem Zwang des Instinkts, der den Gesunden und Starken den Kranken und Infektiösen meiden heißt und der stärker ist, als auch eine begabtere Routine diplomatischer Repräsentanten je aufbringen kann: als eben seine brutale und zynische Absage an alles, was das politische Wesen der Freiheit und der Verantwortlichkeit des Bürgers im modernen Staat ausmacht!

II.

Was gibt es noch im Staate Hitlers an »institutionellen« Garantien? — Das ist die kummervolle Frage, die schon seit geraumer Zeit den gleichgeschalteten Juristen des Dritten Reiches auf der Seele lastet! Gibt es noch ein Grundrecht des Deutschen — etwa das, vor seinen ordentlichen Richter im Anklagefall zu kommen? Garantiert die staatsbürgerliche, jetzt »reichsbürgerliche« Gemeinschaft noch das Recht auf das Eigentum, das man sich erwarb? Wieso ist noch Kultfreiheit gegeben? Oder gar: inwiefern wird ein Recht auf Arbeit noch anerkannt? Die Weimarer Verfassung ging ja in ihrer Grundkonzeption viel weiter als die Staatsgrundsätze der bürgerlichen Emanzipation, für die das soziale Problem des Jahrhunderts noch nicht bestand, und sie bekannte sich, wenn auch als Kompromiß zweier großer Ideenwelten geboren, doch zu Fundamentalgedanken, die über eine individualistisch-bürgerliche Weltbetrachtung hinaus wenigstens den Kreis sozialistischer Probleme der Gegenwart und Zukunft überschritten.

In der Tat: die Frage, und zwar eine Schicksalsfrage für jeden Deutschen, ob er sich nun im Begriffs- und Namensgestrüpp gelehrt juristischer Ausdrucksweise zurechtfinden will oder nicht — die Frage ist dringlich — im Dritten Reich! Sie wird durch den Ablauf der politischen Tatsachen innerhalb der nationalsozialistischen »Revolution« in dieser ihrer Dringlichkeit selbst aufgeworfen, da sie heute umstülpten, was gestern noch festzustehen schien und weil sie damit am meisten jenen ihren »Führer« selbst desavouierten, der schon drei Monate nach der Machtübernahme »endgültig« und dann noch weitere Male ebenso »definitiv« das Ende der Revolution anberaumt und anbefohlen hatte. Bleiben wir allein beim sogenannten »Ermächtigungs-

gesetz« vom 24. März 1933, das ja bekanntlich der einzige Ausgangs- und Anhaltspunkt für die »Legalität« Hitlerscher »Machtausübung« im Legislaturischen darstellt. Es bestimmte u. a. ausdrücklich: »Die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben«. Der Beschluß hatte nur zustandekommen können durch die auf kein Gesetz gestützte Austreibung der Kommunisten aus der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes. Aber selbst unter Beiseitelassung dieser Tatsache einmal die Rechtmäßigkeit und gesetzliche Gültigkeit des Beschlusses unterstellt — schon nach weniger als einem Jahr, am 14. Februar 1934, erfolgte durch einfaches »Gesetz« des Reichskabinetts die Aufhebung mindestens der einen hier »garantierten« Institution, des Reichsrates. Von der völligen Abschaffung des Reichstages und seinem Ersatz durch eine Art nationalsozialistisches Ordenskapitel wurde — als durchaus »im Zuge der Entwicklung liegend« — noch erst vor Wochen in politischen Kreisen rings um Hitler ganz offen ausgesprochen; es würde gar nicht mehr überraschen (übrigens auch, bei der Beschaffenheit dieses Reichstages, sicherlich auch niemand groß aufregen!), wenn es eines Tages wirklich so weit wäre. Die staatsrechtliche »Entwicklung« in der Gestaltung der Reichspräsidentenschaft, ihrer Funktion und Voraussetzung im Reichsgesetz, die für Hitler ursprünglich noch an viel kompaktere gesetzliche »Garantien« geknüpft war, ist das gleiche auf dieser Linie.

Was bleibt also als »garantiert« überhaupt noch? Kein Wunder, wenn auch die Gleichgeschalteten der deutschen Rechtstheorie daß beunruhigt sind! Es ist kein Zufall, daß gleich ein Trifolium deutscher Jurisprudenz — und zwar jeder für sich und völlig unabhängig von dem anderen — den allerdings hoffnungslosen Versuch gemacht hat, aus dem täglich mehr zusammenkrachenden Bau letzter staatlicher Rechtsgebundenheit noch an Rechts»mobiliar« zu retten, was irgendwie greifbar erschien. Sowohl Fischbach, wie Dennewitz und Falck — bekannte Namen im deutschen Recht — haben in der Fachliteratur, teils in Buchform, teils in langen Zeitschriftenartikeln sich die Mühe gemacht, diesen Zugriff des Betätigten und Benachteiligten auf das letzte, dem Deutschen vermeintlich gebliebene Recht — »Grundrecht«, »institutionelle Garantie« oder, wie sie es nennen mögen — vor dem »Führerstaat« zu salivieren. Daß es den »Führerstaat« jetzt gibt, wollen sie gewiß als neue »institutionelle Garantie« durchaus gelten lassen. Die »Reichseinheit« sei jetzt auch »institutionell garantiert«. Die zweijährige Dienstzeit, ebenso der Arbeitsdienst usw. usw. Alle kommen sie ungefähr gleichmäßig zu diesem »garantierten« Schema. Aber: etwa auch die Ehe und das Familienrecht? Auch das Eigentum? Auch die Kirche? Auch das Berufsbeamtenamt? Auch die kommunale Selbstverwaltung? Jawohl — fast alles davon sei weiter »institutionell garantiert«...

Arme Professoren! Mindestens den Geist des Dritten Reiches haben sie gründlich mißverstanden, wenn nicht überhaupt verschlafen! Sie erhalten ihre derbe Zurechtweisung jetzt durch das als halbamtlich anzusehende »Archiv für öffentliches Recht«. Es ist das schon darum eine hochhoffizöse Angelegenheit, weil bei ihm die rechte juristische Hand des Reichsinnenministers Frick selbst, der Ministerialrat Medicus, als Mitherausgeber fungiert. Nein, nichts, gar nichts, nicht ein Bruchteil von nichts ist in einem Staat, wie einer zu sein das Dritte Reich die Ehre hat, garantiert. Wenn dich der Führer heute tötet, und er sagt, daß es so die Staatsräson, die er einzig und allein verkörpert, eben will — lieber Deutscher, du bist dann eben von Rechts wegen ge-

storben! Du hast als Vater keinen Anspruch auf dein Kind, es sei denn, daß es der »Führer« aus guter Laune so beläßt, wie man es eben — einstweilen noch — gewohnt ist. Du darfst nicht mehr glauben, was du willst; in dem Augenblick, in dem es dem System einfiel, um des »Aufbruchs der Nation« willen, den Kult des vergangenen Mexiko einzuführen und zur Staatsreligion zu erklären, müßtest du dich mit an Menschenopferungen beteiligen; welch ein Glück, daß er es einstweilen noch nicht gerade will...

Da steht es ganz klipp und klar, nach weitschweifigen »Beweisführungen«, warum es so sein muß und warum die in Frage kommenden drei »Garantie«-Verkünder auch sogar so staatsfeindlich-provokant im Unrecht sind:

»Um der inneren Folgerichtigkeit unseres dogmatischen Aufbaues beim Staatsdenken willen muß die institutionelle Garantie daher endgültig dorthin verwiesen werden, wohin sie nach ihrer Entwicklungsgeschichte noch gehört: in das Museum für verfassungsrechtliche Begriffe des Liberalismus.«

Ein kleines Beispiel, unmittelbar wegen dieses theoretischen Zusammenhanges der Praxis des Dritten Reiches auf anderem Gebiet entnommen, mag dartun, was das für jeden Deutschen über jene grausamen Buchstaben hinaus bedeutet! Da hatte ein alter, schon im Kaiserreich bediensteter und dann auch von der Republik bestellter, jetzt auf Hitler vereidigter beamteter Finanzspezialist, Ernst Reichardt, der Leiter der Reichskassenkommission ist und periodische amtliche reichshaushaltsrechtliche Direktiven für die Reichsbehörden herausgibt, angedeutet, daß vielleicht doch einmal wieder, nach »Vollendung des Revolutionsaktes«, das Reich zu halbwegs parlamentarischen Methoden seiner Haushaltsfestsetzung gelangen müsse. Man bedenke: hier handelt es sich um das primitivste und ursprünglichste Recht jeder Volksvertretung, wie wenig sie auch sonst den Namen verdienen mag, überhaupt! Das Allererste, was sich der dritte Stand in Frankreich erkämpfte, war das Recht, Steuern mitbewilligen zu dürfen. Selbst die Landstände des preußischen Vormärz besaßen eine Art Recht in staatlichen Haushaltsdingen, wenn auch eben nur in ihnen allein. Ganz und gar im Geiste jenes gelstigen und »rechtlichen« Zustandes des Dritten Reiches aber, der da frech von Museum und Rumpelkammer spricht, wo glücklichere und erfolgreichere Völker diese ihre Freiheit und ihr Recht wie ihre größte nationale Kostbarkeit bewahren, raunzt den Beamten allein wegen dieser seiner bloßen Gedankenlunde eine hervorragende Hitlerkreatur, der Leipziger Dozent Gerber, in Schmollers einmal/berühmtem »Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft« an:

»Der Gedanke der einheitlichen politischen Führung gilt ohne Ausnahme für jedes Rechts- und Lebensgebiet des deutschen Volkes. Unwahrscheinlich erscheint mir daher die von Reichardt angedeutete Möglichkeit, daß der Reichstag der Zukunft auch nur eine beratende Rolle in haushaltsrechtlichen Angelegenheiten spielen könnte! (Das gleiche gilt — nach Gerber — auch für die Gemeinde und Gemeindevertretung.)

Weiß der Deutsche noch, daß er einmal mit der Parole einer Welt, man müsse endlich die unkontrollierte Gewalt beseitigen, die das hohenzollernsche Soldatenkaisertum zur Beunruhigung und zum Hemmnis für die Zivilisation darstelle, so furchtbar zu Boden geschlagen worden ist. Und wenn ja, dann frage man sich, ob nicht dieses Hitlerdeutschland — der Henker auch der ursprünglichsten »Menschenrechte« — einer zur Abwehr bereiten Welt noch ganz andere und viel, viel schlimmere Blößen und Schwären zeigt!

P. E. Roth.

Die »große Hochachtung«

Die Reichsfrauenführerin redet — ihr »Gefolge« hungert

Die »Frau am Werk«, das Frauenblatt der Deutschen Arbeitsfront, gibt in der Februar-Nummer ein Gespräch mit der Reichsfrauenführerin Schoitz-Klink wieder. Danach sagte die Dame wörtlich:

»Im Gesamtleben unserer Nation stellt die Leistung berufstätiger Frauen heute einen unentbehrlichen und bedeutsamen Beitrag dar. Wir machen doch immer wieder die Erfahrung, daß gerade die Frauen, die aus irgend welchen Gründen auf eine Eheschließung verzichten mußten, dann in ihrem Beruf Hervorragendes leisten. Ich habe eine große Hochachtung vor den unzähligen alleinstehenden deutschen Frauen, die — vielfach aus der Kriegsgeneration stammend — heute im Arbeitsleben stehen und die Leistungsfähigkeit der Frau auch im Berufsleben erweisen.«

Was die »große Hochachtung« der Frau Reichsführerin den damit Beglückten nützt, zeigt ein Arbeitsgerichtsbericht aus den »Altonaer Nachrichten«. — Es handelt sich um die Klage eines aus einem Elmshorner Werk entlassenen Gerbers, der vor dem Arbeitsgericht um Abfindung oder Wiedereinstellung kämpfte. In dem Bericht des genannten Blattes heißt es:

»Das Arbeitsgericht Pinneberg verurteilte die beklagte Gesellschaft, die zum 2. September 1936 ausgesprochene Kündigung zu widerrufen oder eine Entschädigung von 550 RM. an den Kläger zu zahlen. In den Entscheidungsgründen heißt es:

Kündigungen in diesem Betriebe waren infolge Verknappung des Materials erforderlich, das zweifelt der Kläger auch nicht an. Es war aber die Frage, ob gerade die Kündigung gegen den Kläger für die Beklagte notwendig war und ob diese Kündigung als unbillig hart und durch die Verhältnisse des Betriebes nicht als bedingt aufzufassen ist. Der Kläger meint, daß die Umstände erst zur Entlassung eines Betriebsfremden (der in seinen eigentlichen Beruf hätte wieder überführt werden können) oder einer der Frauen hätte führen müssen. Derartige Maßnahmen werden ja auch von der Reichsregierung propagiert, und von den Betrieben ist zu fordern, daß sie diesen Bestrebungen Unterstützung angedeihen lassen. Frauen sind nach und nach aus einem derartigen Betriebe, wenn nicht die Umstände etwas anderes erheischen, herauszuziehen und ihrem eigentlichen Beruf, dem der Hausfrau oder Mutter, wieder voll zuzuführen. Das Gericht ist deswegen von der Ueberzeugung gekommen, daß zuerst eine der Frauen hätte entlassen werden können... Gegen dieses Urteil legte die beklagte Firma Berufung ein. Sie machte geltend, daß eine Kündigung für andere Betriebsangehörige ebenso hart sein würde, auch für die Frauen, die meist ihre Familie zu ernähren haben. Die etwas geringere Entlohnung der Frau pro Stunde mache im Jahre tausende Mark aus; außerdem handle es sich bei den in diesem Betrieb beschäftigten Frauen um Spezialarbeiterinnen, die an ihrem Platz besser geeignet seien als Männer, wie von den Männern zugegeben wird. Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Gleiche Methoden - Gleicher Kampf

Im September 1853 entlarteten die im englischen Exil lebenden Emigranten einen Spitzel der Geheimpolizei Napoleons III. Der Spitzel: Hubert, der sich das Vertrauen der Emigration erschlichen hatte, lockte Emigranten nach Frankreich, um sie dort verhaften zu lassen und deckte die Verbindungen illegaler Zirkel auf, die nach Napoleons Staatsstreich den Widerstand gegen die Diktatur fortsetzten. Die Londoner Emigranten verfaßten nach der Entlarvung eine kleine illegale Brochüre, die zur Verbreitung in Frankreich bestimmt war. Ein Exemplar wurde jetzt in den Polizeiakten aufgefunden. Nach einer Beschreibung der Tätigkeit des Hubert wendet sich der Jerseyer Emigrationsausschuß mit folgenden Worten an das französische Volk:

»Ja, Hubert, dieser Mensch, der Armut und Tugend heuchelte, der seit fast zwei Jahren von der Großmut der Emigranten lebte, dieser angebliche Funktionär illegaler Organisationen, der zehn Verbannte dazu brachte, nach Frankreich zurückzukehren, diese Kreatur kommandierte mit dem Polizeiminister und... von der Geheimpolizei Bonapartes bezahlt Spitzel.

Achtzehn Monate hindurch hat Hubert das Brot der Republikaner gegessen und verkauft die Freunde der Republik, die er seine Brüder nannte, an die Helden des Staatsstreiches. Unter Mißbrauch seiner Eigenschaft als Verbannter hat Hubert allen Demokraten, die er entdecken konnte, die Hand entgegen gestreckt; er hat sich an ihrem Tisch, an ihrem Herd niedergesetzt, hat ihnen Geld herausgelockt. Und dann sind diejenigen, die ihn im Namen der Menschlichkeit und der Republik brüderlich aufgenommen hatten, von diesem Kain verkauft und ausgeliefert worden. Sie büßen heute hinter Gittern kaiserlicher Gefängnisse das Verbrochen, nicht gehaut zu haben, welche feiger Spitzel ihre Geheimnisse belauscht hat.

Hubert hat illegale, die sich in Paris ver-

bargen, besucht und aufgestöbert, er hat sie an sein Herz gedrückt und damit das Signal gegeben. Bald stürzten sich die Hächer des Diktators auf diese neuen Opfer. Indessen zählte Judas das erhaltene Gold und frohlockte über das Blutgeld.

Gewiß ist Hubert ein Verbrecher. Niemals hat das glühende Eisen des Henkers auf die Schmitzer von Fälschern oder Mördern ein so entehrendes Mal aufgebrannt, wie das, das auf die Stirn dieses elenden Spitzels gehört. Aber verbrecherischer noch sind diejenigen, die ihm solche elende Aufträge gaben. Seht sie euch an, Bürger Frankreichs, diese Arbeitermörder des Elysée und der Tuilerien. Die einen im priesterlichen Gewand, die anderen in der Uniform, seht sie euch an. Sie haben im Dezember gestohlen, geplündert und gemordet, wie es ihnen beliebte. Männer, Frauen, Kinder, Greise, niemanden haben sie verschont. Sie haben unsere Brüder und Schwestern gefoltert und sie dem grausamen, langsamen Tod in den Konzentrationslagern ausgeliefert. Sie haben unsere Frauen, unsere Freunde ins Gefängnis geworfen, unsere Familien zerstört und uns in die Emigration getrieben, von der aus das Auge schmerzlich die verlorene Heimat sucht.

Und das alles gegen... ihnen nicht! Sie kaufen sich ein Ungeheuer, das Menschenantlitz trägt, sie setzen ihn auf die Menschenjagd und lassen ihn auf uns los, nicht wie die Dogge, die bellt und beißt, sondern wie die verlogene Katze, die spielt und schmeichelt, bis der Kunde des Verrats gekommen ist. Eine... heuchliche Falle ist gestellt, die französische Emigration hineinzulocken ist die Aufgabe Huberts, der Wunsch seiner Auftraggeber...

Und um die Kosten... solchen Polizei zu bestreiten, werden Frankreichs Finanzen ruiniert. Schon erhebt die Arbeitslosigkeit ihr furchtbares Haupt. Die... Mutter, die Frau des Arbeiters, sie weint beim Anblick

ihrer kleinen Kinder, die Brot von ihnen fordern. Denn unter jenem Bonaparte, der Brot für alle zu geben versprach, fehlt es an Brot in Frankreich. Auch die Frau des Kleinbürgers jammert, weil der Bankrott vor der Tür steht. Denn unter jenem Bonaparte, der Handel und Gewerbe zu beleben versprach, starben Handel und Gewerbe in Frankreich. Das ist das traurige Ergebnis illugerischer Versprechungen.

Das Geld, das man hier zum Bäcker hätte tragen können, dort einem unbarmherzigen Schuldner hätte geben können, dieses Geld verschleudert der Staat für Rüstungen und für Spitzel. Das Elend wächst, die Steuern steigen, und währenddessen leidet die Nation, stirbt das Volk an Hunger.

So sieht die Diktatur aus.

Ach, Frankreich, hast du noch immer nicht genug Schande und Elend ertragen? Wirst du noch lange die bonapartistische Fahne wehen lassen, auf die man an Stelle unserer heiligen Devise »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« »Heuchelei, Folterung und Spitzel« setzt. Willst du an Gemeinheit und Verlogenheit zugrundegehen? Es ist Zeit, erhebe dein Haupt, erinnere dich an die stolzen Taten von 1792 und 1848 und schlage diese gemeinen Verbrecher, diese korrupten Arbeitermörder, diese herzlosen Spitzel, diese ganze Bande, die dich ausraubt und entehrt. Schlag zu! Wo die Freiheit verschwunden, fehlt es schnell an Brot, und das Elend tritt durch jene Tür, zu der das Recht hinausgejagt wurde. Bonaparte gibt weder Brot noch Arbeit, er schafft nur Hunger und Elend. Wer nicht unablässig mitteilt, das Kaiserreich zu stürzen, die demokratische und soziale Republik zu errichten, den Ruhm Frankreichs wieder aufzurichten und die Volksherrschaft zu begründen, der ist der Helfershelfer des Diktators.

(Einstimmig angenommen durch die Generalversammlung der republikanischen Emigration, Jersey, den 11. Nov. 1853.)

Das Landesarbeitsgericht in Altona verwarf die Berufung der beklagten Gesellschaft und trat den Erkenntnisgründen der ersten Instanz bei, zumal da in dem Betrieb noch fünfledige Frauen in Arbeit stehen.

Fünf schlecht entlohnte Spezialarbeiterinnen, von denen bestimmt manche Eltern und Geschwister erhält. Was kümmert's die Reichsregierung, die »derartige Maßnahmen propagiert! Was kümmert's die Reichsfrauenführerin Schoitz-Klink, die — in lohnendem Sold — emanzipierte Reden hält, während die ihr »unterstellten« Arbeiterinnen schutzlos und rechtlos als erste aus den Betrieben fliegen.

Räuber gefaßt — Opfer entkommen

Viel schlimmer als Wildwest. Im Dritten Reich geschehen wahrhaft Dinge, von denen sich der gesunde Menschen-

verstand nichts träumen läßt. In Königsberg (Ostpreußen) standen jetzt 8... Leute im Alter von 21 bis 28 Jahren vor Gericht, die nachts vielfach Männer überfallen, sie brutal mißhandelt und ausgeraubt haben. Während der Verhandlung traf die 3. Große Strafkammer Königsberg folgende erstaunliche Feststellung:

»Als sicher ist anzunehmen, daß eine Reihe von Ueberfällen garnicht zur Kenntnis der Polizei gekommen ist. Jedenfalls sind aus den gegenseitigen Berichtigungen der Angeklagten mehrere schwere Ueberfälle auf Personen, die nicht ermittelt werden konnten, festgestellt worden.«

Wo gibt es so etwas in der Welt? Wahrscheinlich haben sich die Burschen nur an Neinsagern vergriffen, wahrscheinlich erschienen sie selbst in Braun. Das genügt heute in Deutschland, um Ueberfallene, Mißhandelte, Bestohlene von einer Anzeige abzu-

halten. So wandelt das »Rechtsempfinden des Volkes«, eines verprügelten und getretenen Volkes, in Wahrheit neue, ungeahnte Wege.

Sie packen es nicht

Der Ufa-Film »Menschen ohne Vaterland« sucht die Kämpfe der Baltikamer heroisch und hitlerisch zu schildern. Jetzt protestiert der Führer der Kameradschaft ehemaliger deutscher Freikorpskämpfer in einer Presse-Erklärung gegen diese »kitschige Darstellung ihres männlichen Kampfes...«

»Es gibt Dinge, deren wir nicht Herr sind«, klagte kürzlich Herr Hugenberg. Entweder das Publikum protestiert oder die »rauen Kämpfer«. Beiden zu gleicher Zeit kann es der deutsche Film nicht recht machen; er ist um jede Orientierung gebracht und kreist hilflos im Strome der Zeit.

Flüsterballade

Ein Flüsterfluch — ohne Parteireferenzen — begab sich ins Land der versegelten Grenzen und fing an zu reden. Daß Wotan erbarm! Der Gaukler starb fast an giftigem Harn, er schnauzte dem Aether an, brüllte Alarm, aber es half nichts.

Der Flüsterfluch wanderte unbekümmert weiter und fand unterwegs sogar Reisebegleiter. Zwei Neinsagerwitze, ein Meckerrapport, ein halblauter Spott und ein Mißmachterwort, die folgten ihm alle an jedweden Ort und redeten mit.

Man grüßte die Burschen, wohin sie auch kamen gar festlich, und die ihre Worte vernahmen, bewegten sie in sich und gaben sie auch den Nachbarn zu kosten nach altdeutschem Brauch. So drangen die Worte wie luftiger Hauch durch Türen und Ritzen.

Sie wagten am Tor selbst des Herrschers zu rütteln, der schäumte, der fluchte den Schergen und Bütteln, die nicht genug wachten. Doch neben ihm dacht ertönte ein Flüstern: »Sie helfen dir nicht. Nur eines vertreibt uns. Das eine heißt — Licht. Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!«

Es ließ der Despot alle Türen belauern, es ließ der Despot alle Fenster vermauern, allüberall Horcher und Spitzelbesuch, allüberall Schergen in zweifarbem Tuch — Das Wort und die Witze, der Spott und der Fluch, lachten nur und flüsterten weiter. Hugin.

Gides Wahrheiten

Andre Gides Reisebericht hat im Französischen raschen Laufs die Rekordauflage von 160.000 erreicht. Nun liegt es in deutscher Ausgabe vor: »Zurück aus Sowjet-Rußland« (Jean-Christophe-Verlag, Zürich). Liest man das Buch, so kann man den Zorn der Kommunisten verstehen, nicht aber ihr Geschrei: »Entstellungen, Verleumdungen, Verzerrungen eines individualistischen Literaten...« Mit Entstellung hat der Bericht schon gar nichts zu schaffen, man merkt im Gegenteil in jedem Kapitel, wie gern der Verfasser heißen Herzens die wirklichen Leistungen Sowjet-Rußlands anerkennt, mit welcher starker Liebe zum Neuen er alles umfaßt, was er an guten, zukunftsreichen Zügen im jungen Aufbau entdeckte. Aber er kann nun einmal nicht vorbei sehen an den Verwüstungen, die von der Diktatur angerichtet wurden. Er sieht viel Armut, mehr als mit der Notlage des großen Reiches unbedingt verbunden sein müßte, er sieht manches potemkinsche Dorf, sieht vor allem die schweren moralischen Schäden jenes Konformismus, der aus der Staatsraison jeder Diktatur erwächst: Erlaubt ist, was oben gefällt. Die »Prawda« bestimmt die »Linie« und nach der Linie hat sich die öffentliche Mei-

nung zu bilden. Die Folge: Kritiklosigkeit einer vorsichtig witternden Hammelherde. Das gilt auch für die Warenproduktion. »Qualität?« Wozu, da es ja keinen Wettbewerb gibt — hat man uns geantwortet?«

Dieser Konformismus, diese völlige Aufhebung der Persönlichkeit, soll zu einem neuen Glück, zur Zufriedenheit der Kritiklosigkeit führen — und züchtet einen neuen Spießbürger, einen neuen Untertan, der aus Unwissenheit »glücklich« ist und in jeder neuen Hausmauer neue Kultur sieht. So geht denn auch die russische Kunst denselben Weg wie in Hitlerdeutschland: Rückfall in Primitivität, Verflachung, Entgeistung. Nur was populär ist, findet Förderung; was nicht volkstümlich daher kommt, gilt als verdammenswerter »Formalismus«. Im Geistigen setzt sich die Orthodoxie braver Unterwürfigkeit durch und walzt jede starke Künstlerpersönlichkeit nieder.

Die Nazipresse schlachtet das Buch Gides mit Behagen aus: »Seht, so traurig steht im bolschewistischen Staat.« Aber man braucht in den kritischen Partien dieses Reiseberichts nur Drittes Reich an Stelle des Wortes Rußland zu setzen und alles stimmt aufs Haar. Bleibt nur der Unterschied, daß in Hitlerdeutschland alte Kulturwerte zerstört werden, die in Rußland auch unfertig Zarismus nicht da waren: Meinungs-freiheit, freier Wettbewerb in Kunst und Kultur, Qualitätsinn auf allen Gebieten. Und daß in Deutschland breite Schichten leben, die den Abstieg bitter empfinden, weil sie es einmal besser kannten, während das russische Volk aus den Niederungen der zaristischen Despotie kommt und immerhin manche Lei-

stungen der Sowjets in Wirtschaft, Volkbildung und Lebensgestaltung als Aufstieg empfinden muß.

Der Standort der Gideschen Kritik ist alles andere als bürgerlich, ist sozialistisch-revolutionär. Er erkennt nicht das sozialistische Proletariat registriert, sondern die konterrevolutionäre Diktatur eines Führers. Fehlt nur noch das Zugeständnis, daß bei längerer Dauer jede Diktatur in Caesarismus einmünden muß. »Die alten Revolutionen sind zur peinlichen Last geworden... wäre es da nicht besser, jeder Wortklauberei zu entsagen und offen anzuerkennen, der revolutionäre Geist (und ganz einfach der kritische Geist) sei nicht mehr angebracht, man brauche ihn nicht mehr?...« Gide hat dieses Sowjetrußland zu heiß und unkritisch geliebt, um so tiefer ist nun die Enttäuschung, der Sturz aus bolden Illusionen. Mit ihm reiste u. a. der verstorbene französische Dichter Eugène Dabit, linksradikal und Schiller der kleinen Leute seines Landes; er wurde von derselben Enttäuschung, vom selben Bangen erfaßt, und so spricht denn Gide auch in Dabits Namen. Beiden erging es, wie einst dem rumänischen Dichter Panait Istrati.

Die konformalistischen Federn aller Grade, die heute von Gides Offenheit aus feller Berechnung oder politischer Inferiorität abrühen, versündigen sich damit an der sozialistischen Sache. Wem Sowjetrußlands Zukunft am Herzen liegt, der kann diesem jungen, kritiklosen Volke nur mit objektiver Kritik und mit der Wahrheit nützen. Alles andere dient der Gegenrevolution, ungeistiger Verpöhlerei und scheinbarem Mameluckentum. Br.

Seine langen Kerls

»Leibstandarte Adolf Hitler«.

Oswald Spengler ist bald ein Jahr tot. Die nationalsozialistischen Weltanschauungskinder haben dem Eisenfresser und Bluttrinker der nationalsozialistischen Sozialreaktion, dem sie geistig so viel zu verdanken haben, in seinen letzten Lebensjahren gekostet; einsam und verbittert ist er gestorben. Das hinderte aber seine intellektuellen Erben nicht, sich die passendsten Stücke aus seinen Hinterlassenschaft anzueignen. Nicht nur, daß sie nach Spengler den alten Fritz als den »ersten Sozialisten« bezeichnen; in ihrer historisch-soziologischen Literatur zeigt sich immer deutlicher die Tendenz, den Nationalsozialismus als Testaments- und Willensvollstrecker des altpreussischen Feudalismus und Konservatismus auf höherer Stufe nachzuweisen.

Augenblicklich ist Friedrich Wilhelm I., der »Soldatenkönig«, große historische Mode. Mehrere Monographien rühmen ihn als den eigentlichen Schöpfer des staatspolitischen Pflichtbegriffs, der erst in Preußen und — nach langer Unterbrechung — endlich im Dritten Reich für das ganze deutsche Volk Haltung und Richtlinien nach dem Führerprinzip geworden ist. Friedrich Wilhelms »lange Kerls«, jene armen zusammengeriebenen und zusammengeprügelten Burschen, an die der sonst so knauserige König ein Vermögen verschwendete, werden von der braunen Preußenlegende zu Symbolen soldatischer Zucht erhoben. Im allerneuesten Fridericus-Film, der — nicht ohne Otto Gebühr! — mit materieller Unterstützung des Propagandaministeriums gedreht wurde; sieht man die hochbemittelten Opfer der absolutistischen Tyrannei in einem Paradezug, der jegliches braune Herz ergötzen macht.

Es ist also nur gebührend, daß das Dritte Reich etwas besitzt, was dieser Truppe kongruent ist: die Leibstandarte Adolf Hitler. Sie ging aus einer Schar verwegener Leute hervor, die den Führer zu Beginn seiner Laufbahn mit Pistolen und Peitschen auf seinen Agitationsfahrten geleiteten, an ihrer Spitze der heutige SS-Obergruppenführer Brückner. Gleich nach der Machtübergabe wurden sie der Stamm der neuen »Leibere«. Aus allen Formationen der SS holte man die längsten und strammsten Kerls zusammen, auf die man sich »verlassen« konnte. Sie wurden auf das tadellose ausgerüstet und auf den Mann gedrillt; Spezialisten der Muskeln und der Waffen, die bei jeder offiziellen Gelegenheit die besondere Macht der Partei zu repräsentieren haben. Einer körperlich so stattlich und so wohlgenährt wie der andere, sind die Leute der Leibstandarte der stets aktionsbereite eiserne Wall, der den Führer vor allzu naher Berührung mit seinem Volke schützt. Sie ist das Zentrum der Söldner des Regimes zu innerpolitischen Zwecken und hat traditionsgemäß jeden fremden Gast des Führers und Reichkanzler durch strammen Aufmarsch bei klingendem Spiel die imponierende Ueberzeugung von der totalen Sicherheit des Regimes zu geben.

Old Shatterhand philosophiert

Seitdem ruchbar wurde, daß Karl May der Lieblingschriftsteller des »Führers« ist, steht er drüben auf alleruntertänigsten Bücherbrettern nicht weit von seinem »Kampf«. Was Wotan zusammengefügt, das soll der Mensch nicht trennen. Am 30. März jährt sich Karl Mays Todestag zum fünfundschwanzigsten Male und die gleichgeschaltete Presse wird ihr Urteil über Old Shatterhand revidieren müssen, soweit es noch nicht geschehen sein sollte. In jenen Jagdgründen aber, in die seine Helden eingingen, irrlichtert Old Shatterhands Geist und hält nächtliche Monologe, die wir der Nazipresse als Unterlage für Jubiläumsartikel stiften wollen.

»Hugh«, spricht Old Shatterhand, »nichts ist launischer als Ruhm, nichts unberechenbarer als der Nachruhm. Was hätte ich früher drum gegeben, wenn mich ein Minister, ach wenn mich nur ein Regierungsrat mit Anerkennung genannt hätte. Jedoch, es waren immer nur die Halbstarcken, die Sechzehnjährigen, die Unfertigen, Unreifen, Primitiven oder Steckengebliebenen, die sich zu mir bekannten. Die Reifen sahen mit einem Lächeln auf diese ihre Pubertätszeit zurück, und ein Regierungsrat, der mich als seinen Favoriten proklamiert hätte, wäre eine komische Figur gewesen, bestimmt wäre er nie ins Kultusministerium gelangt.

Heute bin ich hoffähig, heute bin ich Mentor von Führern, die das Kulturleben des ganzen Planeten zu retten vorgeben und nichts lieber loslassen, als Reden über Kunst und Kultur. Welch eine Genugtuung ward mir!

Sofort nach dem deutschen Umsturz im Jahre 1933 begann die Firma Stoltzenberg in Hamburg ihre Erzeugung chemischer Kriegswaffen, die sie seit dem Weltkrieg zwar nie unterbrochen, aber nur gedämpft und getarnt weitergeführt hatte, mit Vollkraft wieder aufzunehmen. Konstruktionen von neuen gefährlichen Kriegsgewehren, die in der Zeit der ersten Republik auf dem Papier entstanden und im Laboratorium am Kleinversuch geprüft worden waren, wurden nun in die Wirklichkeit umgesetzt.

Zu diesen neuen Kriegswaffen gehörte auch der »Riesensprenger CFS«. Mit diesem Spezialmodell eines motorisierten Flammenwerfers konnte man auch — entgegen den Möglichkeiten eines normalen Flammenwerfers, der nur schwerer entzündliche flüssige Mischungen schleudert — hochexplosible Brennstoffe wie Benzin, Benzol und Petroleum brennend unter hohem Druck werfen.

Die Einzelheiten dieses Riesensprengers CFS gerieten rasch — eine in der Anlaufzeit der nationalsozialistischen Aufrüstung allgemeine Erscheinung — mit allen Einzelheiten in die Hände der Generalstäbe anderer Großmächte. Wenn man dort auch das Spezialgerät nachbauen konnte, so blieb doch der eigentliche Verwendungszweck des Riesensprengers CFS unklar. Es war nicht ersichtlich, wieso man überhaupt die zähflüssigen, fressend brennenden Brandmischungen der bisherigen Flammenwerfer durch hochexplosible, rasch verpuffende und teure leichte Brennstoffe ersetzen sollte. Es mußte für die Verwendung solcher Sonder-Flammenwerfer einen Spezialzweck geben, der den deutschen Konstrukteuren bekannt war, den aber die neuen Besitzer des halben Geheimnisses erst aufspüren mußten.

In diesem Stadium der prüfenden, tastenden Versuche der Großmächte ließ die deutsche Heeresleitung eine Gegenmine springen. Es erschien in einem neutralen Land, von einem seriösen ausländischen Gasfachmann, in französischer Sprache ein Buch, das unter anderem auch genau den Verwendungszweck dieses neuen Flammenwerfers schilderte. Das neutrale Land, in dem dieses Buch erschien, war die Schweiz. Es hieß »Alerte aux Gases«, Gasalarm, und wurde herausgegeben vom Verlag Librairie Payot & Cie. in Lausanne. Es war ein sehr seriöses und fachmännisches Buch, was bei den

Trotzdem sind zwischen den langen Kerls des Soldatenkönigs und der Leibstandarte Adolf Hitler nur äußerliche Vergleichsmaßstäbe vorhanden. Was vor 200 Jahren eine private königliche Spielerei war, das ist heute das eindrucksvollste Sinnbild für die Unterwerfung des eigenen Volkes. Die Stiefel der Leibstandarte Adolf Hitler, unter denen der Asphalt der Wilhelmstraße erzittert, gehen über die Leiber von Millionen hinweg. H—

Viele derer, die mich mehr oder weniger freundlich belächelten, mußten in die Verbannung, auf den Scheiterhaufen, auf den Index. Beinahe die ganze große zeitgemäße Literatur. Ich aber lebe! Stürbe Thomas Mann vorm tausendjährigen Reiche, würde in Deutschland keine Tafel von ihm künden. Bis auf weiteres, wie gesagt, aber immerhin... Wallte ich noch da drunten, könnte ich den Ehren doktor haben, den sie Thomas Mann aberkannten.

Wie jedoch kommt es, daß mich dies alles nicht recht freuen will, mich nicht erhebt? Macht es der Abstand des Abgeschiedenen, der wesenlose weite Raum, der alles Irdische klein und matt erscheinen läßt? Oder ist es die Gefolgschaft, die mir mißfällt? Verstimmt es mich, daß sich immer nur die Primitiven an mir ergötzen und die, die Sein und Schein gern vertauschen, wie Taschenspieler? Welch ein barbarisch krauses Gefolge stürmt da plötzlich hinter mir drein? Warum? Wieso?

Nun gut, ich war auch einmal ein... ein merkwürdiger Psychopath, ja doch, mir wurden einige Delikte nachgewiesen. Aber das erwies sich doch nur als Durchgangsstadium, ich habe alles ehrlich abgebußt, ich bin anständig geworden, geradezu bürgerlich honett bin ich geworden. Ich habe sogar meine Schulden zurückgezahlt, wenn es auch nicht gerade Anleihen bei Thyssen waren. Gott ja, ich bin schließlich auch reich geworden, wenns auch nicht gerade zu Palästen ausreichte oder zu Villen auf Capri. Ich habe auch in meinen Schriften allerhand geschwindelt und vorgespiegelt. Nie war ich im Lande der Skulpturen, nie bin ich mit dem

Neue Kriegswaffen

Riesensprenger CFS

»guten Verbindungen« des Autors jedem verständlich ist. Daß das Buch ein Vorwort des Majors R. Masson, Präsident der schweizerischen Liga für nationale Verteidigung und eine Einleitung des Präsidenten des schweizerischen Samariterbundes hatte, ist weniger verständlich, mußte aber den deutschen Auftraggebern des Verfassers sehr angenehm sein.

Der Autor, Baron Serge von Stackelberg, war während des Weltkrieges im zaristischen Rußland Chef des Kriegsgasdienstes der russischen Artilleriekommission. Natürlich war der zaristische Kriegsgasdienst ein wissenschaftlich und organisatorisch schwachbrütiges Gebilde. Aber er reichte dazu, seinen Chef nach dem Weltkrieg zum Gründer der »Croix Violette«, einer »internationalen« Vereinigung zum Schutz gegen den chemischen Krieg, zu machen. Während sich sonst solche menschenfreundliche Vereine durch ihre ständige Ebbe in der Kasse auszeichnen, stank diese violette Vereinigung förmlich nach Geld. Wie sich später herausstellen sollte, stank sie nicht nur nach dem Geld von Gasmaskenfabriken, sondern einfach und schlicht nach deutscher Mark.

Dieser Baron Serge von Stackelberg schilderte also nun auch in seinem Buch den genauen Verwendungszweck des Stoltzenbergischen Riesensprengers CFS. Er diente zum Einsatz gegen Brandbomben. Dort, wo eine Brandbombe in fressendem Feuer wüte, habe man nur den Benzinstrahl des Riesensprengers CFS darauf zu richten. Für diesen Irrsinn gibt dem Stackelberg noch eine »wissenschaftliche« Erklärung. Das unter starkem Druck aufgespritzte »moderne« Löschmittel Benzin beschleunige die Verbrennung der Füllstoffe der Brandbombe so, daß sie in kürzester Zeit aufgezehrt wären. Den übrigbleibenden »normalen« Brand könne dann die Feuerwehr in der üblichen Weise löschen.

Es wird ein Geheimnis bleiben, ob die mit dieser Gegenmine angepeilten Großmächte die geschilderte Prozedur mit dem Riesensprenger CFS tatsächlich unternahmen. Das müßte ein phantastisches Feuerwerk gegeben haben. Nach dem Strafmaß zu urteilen, das man ihm nach seiner Verhaftung in diesem Ausmaß als ersten aufgebrummt hat, könnte auch die Rechnung für diese Eulenspiegelerei mit dabei sein.

Der originelle Luftschuttspezialist Stackelberg wurde am 15. Februar 1936 in Paris verhaftet. Ihm wurde der Prozeß als Spion des nationalsozialistischen Deutschlands gemacht. Bis zu diesem Prozeß konnten solche Fälle vor den Zivilgerichten nur mit einer Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis belegt werden. Stackelberg wurde als erster nach einer neuen Notverordnung verurteilt und mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft.

Nach dem Ende der Laufbahn des Barons

von Stackelberg ist man wieder ohne Gebrauchsanweisung für den Riesensprenger CFS. Die maßgebenden deutschen Stellen »beeilen« sich nun — jetzt! Ein Jahr nach Erscheinen des Buches und ein halbes Jahr nach der Verurteilung Stackelbergs — »die Deutung des Riesensprengers CFS durch v. Stackelberg ausdrücklich zu widerlegen«. Dafür bietet nun die Fabrik chemischer Kampfaffen, Stoltzenberg, den Riesensprenger CFS selbst zum Kauf an. Zum Kauf für welchen Zweck? Zur Geländeentgiftung? Sie behauptet, daß man ein Gelände entgiften könne, indem man es — eben mit dem Riesensprenger CFS — radikal mit Stumpf und Stiel ausbrennt. In der Tat, ein sicheres Mittel. Aber ein Rat, der nur eine wenig gemilderte Abart der Stackelbergischen Eulenspiegelgeschichte sein dürfte.

Die Deutschen brauchen sich nicht so anzustrengen, einen getarnten Verwendungszweck für ihre neuen geheimen Kriegswaffen zu finden. Der spanische Krieg, so kriegstechnisch simpel er auch geführt wurde, sagt über manche Dinge so deutlich aus, daß sie auch durch die deutschen Lagennebel nicht weiter verhüllt werden können.

Es hat sich im spanischen Krieg die von den kämpfenden Truppen selbst erzeugte Brandhandgranate als eine der erfolgreichen Waffen gegen den angreifenden Tank gezeigt. Mit einer explosiblen Flüssigkeit, mit Benzin oder Petroleum gefüllt, wird eine Flasche an eine Handgranate gebunden und so auf den ankriechenden Tank geworfen. Zugleich mit der Sprengfüllung explodiert auch die Flüssigkeit und dringt feurig spritzend durch Schächte und Maschinengewehröffnungen der Tanks. Die spanische Praxis und theoretisch-technische Erwägungen zeigen, daß man dieses Mittel mit Erfolg nicht nur gegen die kleinen Tanks, sondern auch gegen größere Einheiten einsetzen kann.

Sollte es nicht möglich sein, daß auch der Spezialist Dr. Otto Stoltzenberg diese theoretischen Erwägungen längst angestellt hat und sie im spanischen Krieg nur bestätigt findet? Ist es nicht wahrscheinlich, daß im deutschen Heer die Kolonnen der Riesensprenger bereit stehen, um den Gegenangriff der Tanks gegen die deutsche Stoßarmee in feurigen Nebeln zu ersticken?

Ing. Kurt Doberer.

Soldatenbrief aus Spanien

Ein deutscher Soldat, der bei der deutschen Fliegertruppe in Spanien bei der Bildstelle tätig ist, schickte kürzlich einen vervielfältigten Brief mit Allgemeinheiten, der von ihm selbst nur die Unterschrift trug. Von anderer Seite wurde bestätigt, daß auch Angehörige anderer Soldaten die gleichen Briefe erhalten haben. Also auch das wird bereits »genormt«!

Pferd Rih über Salzseen geritten, Amerika kannte ich vom Hörensagen und der Bärenlöter, der noch in meinem Wigwam zu Radebeul an der Elbe hängt — na ja, gut. Mag ja sein, daß ein Schwindel den anderen anzieht, ein Märchenzähler den anderen, ein Bluff andere Bluffer groß zieht. Aber trotzdem, trotzdem... Es will mir trotzdem nicht ganz in den Kopf.

Denn schließlich ist da in meinen Büchern ein Ausgleich, sozusagen eine moralische Kehrseite meiner Bluffphantasie. In meinen Büchern triumphiert immer das Edle, der Stärkere hilft dem Schwächeren, nirgends jubiliert die Brutalität einer feigen, bewaffneten Uebermacht. Nirgends knüppeln etwa mit meiner Zustimmung zehn Bewaffnete einen Wehrlosen nieder, und ein gegebenes Wort wurde von meinen Helden ehrlich eingehalten, wurde nur von Schurken gebrochen, die ihren gerechten Lohn erhielten. Woher also diese offiziöse Anerkennung — im Lande des Filisterns, der Gestapo, der Konzentrationslager, des Mameluckentums? Womit habe ich das verdient, womit, großer Manitu, habe ich mich versündigt? Daß ich einst ein Krimineller war, das allein kann diese Gefolgschaft — — —

Old Shatterhand bricht ab, eine Stimme hat ihn aufgeschreckt. »Bist du es, Hoffmann von Fallersleben?«

»Hugh, ich bin es, weißer Bruder. Was zerstöhnst du uns den Schlaf der Ewigkeit? Tröste dich, denn du hast immerhin nur Räuber- und Indianerpistolen erzählt. Wir demokratischen Vormärzler dagegen, wir bauten am freien Deutschland! Wir dichtetet in Tyrannos und für staatsbürgerliche Rechte

und Freiheiten. Wir düngten unsere Saat mit Herzblut — sie jedoch, die Herren des Filisterrreiches, sie haben uns alle zu ihren Nationaldichtern degradiert. Die alten Despoten verfolgten uns, die neuen lassen unsere Geburtshäuser als Volksmuseen herrichten. Büchern drohen sie sogar mit einem Denkmal, Büchnern, dem Jakobiner und roten Emigranten! Ihre Schmerzen möchten wir haben, Herr Jugendchriftsteller! Hugh, der liberalistische Dichter des Deutschlandliedes hat gesprochen...« Und entschwand auf leichtem Mokassin. Br. Brandy.

Die eigene Meinung

Das Königsberger Naziblatt berichtet: »Kürzlich fand im überfüllten Saal der Aula der Berufsschule ein Elternabend der Gefolgschaft 1/1 statt. Nach einem Lied und der Begrüßung der Gäste sprach Bezirksführer Behringer zu den Eltern. Unser Bestreben ist, den deutschen Jungen zu einem anständigen Kerl zu erziehen, ihm eine eigene Meinung beizubringen.« Wenn nötig mit dem Rohrstock.

Mastvieh ade!

In der »Nationalsozialistischen Landpost« war kürzlich die folgende Bekanntmachung zu lesen:

»Da die Verwendung ohnehin knapp zur Verfügung stehender Futtermittel zur Erzielung einer Ausstellungsanstalt in diesem Wirtschaftsjahr auf berechnete Bedenken stößt, wird die für die Tage vom 6. bis 9. Mai 1937 vorgesehene Mastviehausstellung nicht stattfinden.«

Eine schöne Pleite der nationalsozialistischen Agrarpolitik!

„Deutscher Sozialismus“ unter Tage

Eine verräterische Grubenunfallstatistik

Herr Robert Ley hat es zur Zeit im Rahmen seiner Erfindung »Schönheit der Arbeit« in der DAF mit einer großen »Unfallverhütungskampagne« innerhalb der Montanindustrie zu tun. Wie es schon die Zielsetzung solcher braunen Propagandabedürfnisse ist, kommt es auch hier darauf an, mit möglichst viel Geschrei möglichst wenig Wille zu erzeugen. Veranlassete Preisausschreiben, wie man »schlagenden Wetter« beizukommen vermöge — als wenn darüber früher die Beteiligten nicht nachgedacht hätten — reden mit bewußter Verdummungsabsicht am Problem ebenso vorbei, wie etwa der Befehl an alle »Werkzeitungen«, die von den einzelnen Montanbetrieben herausgegeben werden, daß künftig nach jedem Unfall in der Grube solche Kumpels, die ihn miterlebt hätten, ihre Beobachtungen dort in Druck zu geben hätten.

Man tut also so, als wäre die Lösung des Problems einzig und allein in der (bisher noch nicht genügend gegebenen oder sträflich vernachlässigten) Erforschung der »höheren Gewalt« zu suchen. Und dabei ist doch die Sache so gar nicht »höhere, sondern sogar zynisch einfach! Gerade zur selben Gegenwartszeit veröffentlicht nämlich die staatliche Aufsichtsstelle über den Ruhrbergbau eine zusammen-

fassende Darstellung der Kohlenproduktion im Industriegebiet für 1935 einschließlich des Berichtsmaterials über die wichtigsten dabei in Frage kommenden wirtschaftlichen und betriebstechnischen Vorgänge. Ihr entnimmt man, daß zwar die Gesamtunfallzahl im Ruhrbergbau mit 38.27 auf 1000 Mann »ast« den Stand des Jahres 1926 in abfallender Kurve wieder erreicht habe (warum gerade das Jahr 1926 als Vergleichsjahr herangezogen wird, geht aus den amtlichen Angaben nicht hervor). Aber gleich dahinter befindet sich die weitere Feststellung:

Die Zahl der durch Gewinnungswerkzeuge und -Maschinen verursachten Unfälle ist allerdings (!) mit 6.92 doppelt so hoch als in 1926.

Noch deutlicher wird der folgende Passus der amtlichen Erhebungen:

»Immerhin verstärkt sich der Eindruck, daß der unfallfördernde Einfluß der Mechanisierung und Rationalisierung im Bergbau mit der Gewöhnung an diese Methoden nachzulassen beginnt. Unter den tödlichen Unfällen sind die durch Gas und Kohlenstaub verursachten gemessen an der Gesamtzahl der der betreffenden Unfallart gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zu-

rückgegangen. Die durch Sprengstoffe und Zündmittel hingegen kommen mit 17.6 (im Jahre 1934 mit 18.4) Prozent auf eine seit 1925 (9.0 Prozent) noch nicht erreichte Höhe.

Was heißt das? Das in abnormer Weise unfallfördernde Moment ist in der Hitlerschen Gegenwart nicht so sehr die Tücke des Objektes (in diesem Falle der allgemeinen Arbeitsverhältnisse, unter denen sich überhaupt der Bergmann überall befindet), sondern die Unbeobachtbarkeit des Subjektes, nämlich des von keinem Gewerkschaftsfunktionär und Betriebsrat mehr behelligten Unternehmerwillens, daß um jeden Preis »gefördert« werden muß. Auch den allergefährlichsten Arbeiten muß sich der Kumpel heute mit jenem empörenden Risiko für seine Gesundheit und sein Leben unterziehen, das der Direktion die höchste Gewinnquote sichert. »Schlagende Wetter« gibt es seit Hitler nicht mehr, als früher, in deutschen Kohlenküchlein. Aber dafür ist der brüllende und schikanierte Antreiber und Stollenfeldwebel höchste Respektsperson geworden... So gilt auch hier, wie es vielfach für die Verhältnisse des Dritten Reiches gilt: an ihren Zahlen und nicht an ihren dummen Phrasen sollt ihr sie erkennen!

Reden unter Galgen

Auf einer Tagung der Reichspressekammer in Dessau ging es wieder einmal um die »Aufgaben der Presse«. Hauptmann Weiß, Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse, forderte die Quadratur des Kreises, nämlich mehr journalistische Initiative:

»Es darf nicht dazu kommen, daß man sich in den Redaktionen daran gewöhnt, kritiklos und instinktiv nach den Direktiven zu arbeiten, die dem Schriftleiter von irgendeiner der vielen Pressestellen und Presseämter täglich auf den Schreibtisch gelegt werden. Man darf es hier wieder einmal aussprechen: Wir haben zu viele Pressechefs im Deutschen Reich. Die Zeit, die in den Redaktionen lediglich damit verbracht werden muß, um alle offiziellen und inoffiziellen Wünsche zu befriedigen und miteinander in Einklang zu bringen, wäre nicht selten einer besseren Sache würdig.«

Selbst der Nazipresse scheint der Direktiven-Dechsel ungeheuerlich zu werden, denn sie bringt diesen Aufschei in Fettdruck und revoltiert damit gegen die eigene Partei, die ja am meisten Direktiven produziert. Aber auch der Herr Hauptmann wußte sich unter »journalistischer Initiative« im Dritten Reich nichts vorzustellen, denn bald darauf feierte er das Verbot der Kunstkritik als »folgerichtige Fortsetzung der nationalsozialistischen Pressepolitik« und lieferte folgendes Durcheinander:

»Die Kritiker des Kunstlerlasses verstoßen nationalsozialistische Grundsätze, wenn sie im Ernst glauben, daß in Bezug auf die Kunst und auf das Theater usw. andere Gesetze gelten sollten als in der allgemeinen Politik; denn es sei ein Fehler, anzunehmen, daß Presse und Kunst sich in zwei feindlichen Lagern gegenüberständen.

Man legte bis in die jüngste Vergangenheit hinein den Schwerpunkt auf die Frage, ob die Aufführung, ob der Film usw. nach rein künstlerischen Gesetzen als gut oder schlecht zu bewerten sei; aber es wurde selten erkannt, daß es viel wichtiger war, festzustellen, für welche Sache auf der Bühne gekämpft wurde. Der Schriftleiter, der sich mit den Fragen der Kunst publizistisch beschäftigt, muß vor allem ein politischer Mensch sein.«

Von Kunst braucht der Kunstbesreiber nichts zu verstehen, die 21 Punkte der NSDAP sind Richtlinien genug. Da klagt ein Pressechef über zuviel Pressechefs und weiß zum Schluß nichts Besseres, als die Zensur zu verschärfen. In den nächsten Tagen tritt wieder ein anderer aufs Podium und donnert zur Abwechslung: »Die Gesinnung allein tut's nicht!« Achselzuckend und um einen Schwatz reicher, kehren die armen Kulis in ihre Ställe zurück.

Kirchenaustritt und Krankenpflege

Ein Schlag gegen die charitativen Krankenhäuser.

In charitativen, hauptsächlich mit kirchlichen Geldern unterhaltenen Krankenhäusern ist es jüngst wiederholt vorgekommen, daß Aerzte, dem Druck ihrer braunen Organisation nachgebend, ihren Kirchenaustritt erklärten. Die katholischen und einige evangelische Krankenanstalten haben darauf gewöhnlich mit Entlassung geantwortet.

Jetzt hat der Reichsärztführer folgende Verordnung herausgegeben:

»Well wir niemanden etwas im Glauben und in Konfessionsfragen vorschreiben können, wir auch die von anderen Stellen ergangenen Vorschriften in diesen Dingen niemals anerkennen und müssen daher auch die Kündigungen, die wegen des Austritts aus der Kirche ausgesprochen werden, als ungerechtfertigt ansehen. Zum Schutze der durch das Verhalten der charitativen Krankenanstalten in ihren Stellen gefährdeten Aerzte verbiete ich hiemit, daß ein deutscher Arzt eine Stelle in einem Krankenhaus antritt, die dadurch freigeworden ist, daß seinem Vorgänger wegen Austritts aus der Kirche gekündigt wurde.«

So hat die Kirche wieder einmal einen Hieb bekommen. Aber die ganze Angelegenheit hat mit grundsätzlichen Fragen in Wahrheit blutwenig zu tun. Hier handelt es sich vielmehr — wie so oft, wenn in Deutschland von Grundsätzen gesprochen wird — um ein reines Konkurrenzmanöver. Die Patienten — die zahlenden vor allem — entscheiden sich, sofern ihnen eine Wahl gelassen ist, in überwiegender Zahl für die konfessionell geleiteten Krankenhäuser, weil sie dort von fähigen Aerzten und nicht von SA-Führern mit Dokortitel behandelt zu werden hoffen. Diese Hoffnung möchte man den Kranken nehmen, indem man die Unterschiede zwischen staatlichen und kirchlichen Anstalten möglichst verwischt. Der Nutzen derartiger Maßnahmen pflegt allerdings gering zu sein — der angeordnete Schaden etwas größer.

Die weggeschwindelte Arbeitslosigkeit

Aus dem von der Industrie- und Handelskammer Berlin erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß im Jahre 1936 im Wirtschaftsgebiet dieser Industrie- und Handelskammer noch insgesamt nahezu 100.000 Arbeitslose, davon allein rund 18.000 Arbeitslose im Baugewerbe vorhanden waren. Diese bei dem allgemeinen Geschrei von einem Facharbeitermangel auch im Baugewerbe überraschend hohe Ziffer der Arbeitslosigkeit wird in dem Bericht damit zu erklären versucht, daß der Wohnhausbau alten Stils nur langsam vorgehe, während die neuen Berliner Großbauten sich in technisch vollkommener Weise, also »ohnsparend«, vollzogen. Aber die Tatsache der 18.000 arbeitslosen Maurer und Bauarbeiter muß zugegeben werden.

Die Nazileitung der Wirtschaftsgruppe Baugewerbe im gleichen Wirtschaftsgebiet allerdings macht sich die Sache viel leichter. Um das Versprechen des »Führers«, er werde in vier Jahren die Arbeitslosigkeit radikal beseitigt haben, als hundertprozentig erfüllt hinstellen zu können, erklärt sie kurz und bündig: »Arbeitslose gibt es im Baugewerbe nicht mehr.«

Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß die Naziführer der Wirtschaft die tatsächlich vorhandene Arbeitslosigkeit einfach weggeschwindeln. Denn das im Bericht der Industrie- und Handelskammer angeführte Beispiel aus dem Baugewerbe ist durchaus keine Einzelercheinung.

Aber da nach Hitler und Göbbels die Nationalsozialisten die Deutschen zu dem

glücklichsten Volk der Erde gemacht haben, so darf es eben keine Arbeitslosen mehr geben, selbst wenn sie noch zu vielen Hunderttausenden vorhanden sind.

Unbezahlte Arbeitskraft gefällig?

Wie alljährlich um die Osterzeit geht in den Zeitungen des Dritten Reiches wieder das Hausjahr-Getrommel los:

»Deutsche Hausfrau! Nimm ein junges Mädel in deine Familie auf. Es hilft dir bei allen Arbeiten, es unterstützt dich in der Pflege und Betreuung der Kinder.«

...und es bekommt dafür keinen Lohn, müßte es weiter heißen, aber die NS-Frauenenschaft drückt sich in ihrem Aufruf etwas komplizierter aus:

»Das Hausjähmädel erhält freie Verpflegung und soll, wenn möglich, im Hause wohnen. Vergütung ist nicht zu zahlen.«

Im vorigen Jahr wurde den Hausfrauen noch nahegelegt, wenigstens ein Taschengeld zu gewähren. Jetzt beruft man sich schon darauf, der schulentlassenen weiblichen Jugend werde durch das hauswirtschaftliche Jahr »die Möglichkeit einer ununterbrochenen Anleitung in der Hauswirtschaft gegeben«. Die kleinen Dienstmädchen, die zur Annahme dieser Stellen gezwungen werden, müssen also noch dankbar sein, wenn sie ihren Arbeitgeberinnen nichts zu zahlen brauchen. Dafür hat die Reichsanstalt mit dem Deutschen Frauenwerk eine Vereinbarung getroffen, »wonach künftig die Mädchen im hauswirtschaftlichen Jahr Hausjähmädels heißen, während für die Hausfrau die Bezeichnung Hausjähmütter eingeführt wird. Wenn schöne Namen sie begleiten, dann fließt die Ausbeutung munter fort.

Verbrauchsgüterumsätze unter 1931

Nach der offiziellen deutschen Statistik soll sich nicht nur die deutsche Wirtschaft im Zustand einer Hochkonjunktur befinden, sondern auch die Lebenshaltung des Volkes soll eine weitgehende Verbesserung erfahren haben. Wie wenig diese Behauptungen mit den Tatsachen übereinstimmen, das ergibt sich bei einer Gegenüberstellung der von den Fachgeschäften, Kaufhäusern und Warenhäusern im Jahre 1936 erzielten Umsätze mit den Umsätzen des Jahres 1931. 1931 muß bereits als ein ausgesprochenes Krisenjahr bezeichnet werden, in dem auch die Arbeitslosigkeit um das Mehrfache größer war, als sie die Statistik des Dritten Reiches für 1936 aufweist. Setzt man die 1931 erzielten Umsätze gleich 100, so ergeben sich für 1936 die folgenden Ziffern:

	Fachgeschäfte	Kaufhäuser	Warenhäuser
Nähr- u. Genußmittel	101,6	—	52,6
Wäsche u. Bekleidung	102,2	80,5	75,0
Hausrat und Möbel	111,9	93,2	78,2
Sonstige Waren	—	56,4	74,7

Nur bei den Fachgeschäften liegt der Umsatz in den einzelnen Branchen im Jahre 1936 unwesentlich höher als 1931. Dagegen bleibt

er in den Kaufhäusern und Warenhäusern ganz bedeutend hinter dem des Jahres 1931 zurück. Am stärksten tritt der Umsatzrückgang in der Branche der Nähr- und Genußmittel in Erscheinung.

Insgesamt kann aus diesen Ziffern die Feststellung gezogen werden, daß die Verringerung des Umsatzes der Kaufhäuser und Warenhäuser keineswegs durch die geringe Umsatzsteigerung, die die Fachgeschäfte 1936 im Vergleich zu 1931 erzielt haben, wettgemacht worden ist. Damit wird bestätigt, daß trotz der Produktionskonjunktur und trotz der erheblich niedrigeren Arbeitslosenzahl der Verbrauch des deutschen Volkes nach den härtesten Entbehrungen langer Krisenjahre noch immer niedriger ist als 1931 und erst recht viel niedriger als in den vorausgegangenen Konjunkturjahren.

Deutschland heute

Der Bilanzabschluß der bekannten Schokoladenfabrik Sarotti A. G. weist im Vergleich zum Vorjahre einen Rückgang der für Löhne und Gehälter ausgezahlten Summe aus. Dagegen erhalten die Aktionäre von dem erzielten Profit einen größeren Betrag; die Dividende wird von 4 auf 5 Prozent erhöht.

In welchem Tempo unter der Herrschaft der Nazis die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert wird, das verspüren jetzt in der unerfreulichsten Weise die Saargrubenarbeiter. Im Jahre 1924 betrug die Förderleistung je Schicht und Kopf 708 kg. 1935 erreichte sie bereits 914 kg und wird für Ende 1936 auf 1100 kg geschätzt. In einem Artikel »Saarwirtschaft zwei Jahre im Reiche« bemerkt die »Frankfurter Zeitung«: Wahrscheinlich wird die Schichtleistung je Kopf der Belegschaft in absehbarer Zeit auf etwa 1400 kg gebracht werden können. Also: von 914 kg im Jahre 1935 auf 1400 kg im Jahre 1937; das ist eine gewaltige Steigerung der Ausbeutungsintensität — die den Saargrubenkapitalisten erhebliche Mehrprofite abwirft.

Für »dickere Lohntüten« statt für »Freibierkultur« setzte sich auf einem Schulungsabend der Deutschen Arbeitsfront des Kreises Braunschweig-Land der Gauschulungsleiter ein. Freibier allein sei bei Kameradschaftsabend kein genügender Ausdruck für das Gemeinschaftsgefühl, das nicht nur die Anzahl der aufgelegten Fläsker Freibier bewiesen werden könne — so meinte dieser Gauschulungsleiter. Aber die Unternehmer kennen die Demagogie der Nazis zu gut; sie werden weiter Freibier spenden und das Verteilen dickerer Lohntüten bleiben lassen. In dieser Auffassung der »Volksgemeinschaft« wissen sie sich mit Hitler, Göring, Göbbels und Schacht durchaus einig, die ja gegen nichts einen schärferen Kampf führen als gegen dickere Lohntüten.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad, Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2,45 (29,50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.